



## Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

### 78. Sitzung, Dienstag, 12. Dezember 2000, 16.30 Uhr

Vorsitz: *Hans Rutschmann (SVP, Rafz)*

### Verhandlungsgegenstände

#### 1. Mitteilungen..... Seite 6163

#### 5. **Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2001**

Antrag des Regierungsrates vom 13. September 2000  
und geänderter Antrag der Finanzkommission vom  
23. November 2000, **3809a**..... Seite 6164

### Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
  - *Persönliche Erklärung Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf) zum Votum von Peter Reinhard*..... Seite 6195

### Geschäftsordnung

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

#### 1. Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

## **5. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2001**

Antrag des Regierungsrates vom 13. September 2000 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2000, **3809a**

### *Fortsetzung der Detailberatung*

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Wie gestern beschlossen, beginnen wir die heutige Sitzung mit der Detailberatung der Rechtspflege. Dazu begrüsse ich ganz herzlich die Gerichtspräsidenten.

## **11 Rechtspflege**

*Konto 1100, Obergericht und angegliederte Gerichte (Globalbudget)*

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Hier liegt ein Antrag der Justizkommission auf ein zusätzliches Leistungsziel vor:

*Wirkung/Effektivität: Indikator, wonach 80 % der Rekursverfahren innert 6 Monaten zu erledigen sind, ist aufgrund des bereits im letztjährigen Budget gefällten Beschlusses aufzunehmen.*

*Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil), Präsident der Justizkommission:* Der Antrag betrifft eine Leistungsmotion, die eingereicht wird. Schon im Januar 2000 wurden einheitliche Indikatoren verlangt, die innerhalb der Gerichte vergleichbar sind, soweit dies möglich ist.

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Die Regierung ist mit dem Antrag der Justizkommission einverstanden.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat stimmt mit deutlich sichtbarer Mehrheit dem zusätzlichen Leistungsziel zu Konto 1100, Obergericht und angegliederte Gerichte, Globalbudget, zu.**

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Ich danke den Gerichtspräsidenten für ihr Erscheinen und wünsche ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung des Voranschlags 2001.

## 22 Direktion der Justiz und des Innern

### *Fortsetzung der Beratungen*

#### *Konto 2206, Straf- und Massnahmenvollzug (Globalbudget)*

#### ***Minderheitsantrag Peter Good und Bruno Walliser (KJS)***

Globalbudget, Aufwand Laufende Rechnung

alt: Fr. - 240'581'800

neu: Fr. - 230'000'000

Aufwandverbesserung: Fr. 10'581'800

(Sparpotenzial ist vorhanden; günstigerer Vollzug in gewissen Bereichen)

*Dorothee Jaun (SP, Fällanden), Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS):* Im Namen der KJS beantrage ich Ihnen, den Minderheitsantrag Peter Good, welcher eine Kürzung dieses Budgetpostens um 10 Mio. Franken verlangt, abzuweisen und den Antrag der Regierung zu unterstützen.

Bei diesem Antrag geht es um eine nicht näher definierte Kürzung von 10 Mio. Franken. Wenn man die Budgets des Straf- und Massnahmenvollzugs ansieht, kommt man zum Schluss, dass praktisch nur beim Personal Kürzungen möglich sind. Bei den Gefängnissen und den Strafvollzugsanstalten sind 50 bis 80 Prozent der Kosten Personalkosten, 15 bis 30 Prozent der Kosten sind Infrastrukturkosten, also Kosten für die Liegenschaften. Nur ein sehr geringer Teil ist Sachaufwand, also Lebensmittel, Verpflegung und so weiter. Faktisch würde eine Kürzung um 10 Mio. Franken bedeuten, dass man 60 bis 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also Gefängnisaufseher, entlassen müsste, was praktisch darauf hinauslaufen würde, dass eine ganze Gefängnisabteilung oder ein ganzes Bezirksgefängnis geschlossen werden müsste.

Es ist erstaunlich, dass dieser Antrag von SVP-Seite kommt. Wir argumentieren wieder einmal mit verkehrten Seiten. Während die SP noch vor 10 bis 15 Jahren gegen Gefängnisbauten gekämpft hat, will heute die SVP so viel Personal kürzen, dass Gefängnisse geschlossen werden müssten. Es ist zwar so, dass die Gefängnisse im Jahr 2000 nicht mehr derart überlastet waren wie 1999. Im Jahr 1999 hatten wir

zahlreiche Doppelbelegungen von Zellen durch Gefangene. Dies ist im Jahr 2000 nicht mehr der Fall. Das bedeutet aber nicht, dass Personal abgebaut werden kann. Im KEF (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) sehen wir, dass die Kosten für den Straf- und Massnahmenvollzug nicht steigen. Das ist eigentlich erstaunlich. Es hängt damit zusammen, dass die Justizdirektion enorme Anstrengungen bei den Alternativen zum Strafvollzug unternommen hat wie gemeinnützige Arbeit oder Eintreiben von Bussen anstelle von Umwandlung von Bussen. Kurz, die Justizdirektion versucht alles, um den Bau neuer Gefängnisse nicht in Angriff nehmen zu müssen. Eine Kürzung dieses Budgets um 10 Mio. Franken würde bedeuten, dass die Strafen, die von den Gerichten verhängt werden, nicht mehr oder nicht mehr rechtzeitig vollzogen werden könnten.

Namens der KJS bitte ich Sie, den Antrag nicht gutzuheissen.

*Peter Good (SVP, Bauma):* Ich bin nach dem gestrigen Nachmittag etwas desillusioniert. Meine anfänglich noch vage Vermutung, dass die Mehrheit dieses Parlaments nicht ernsthaft sparen will, hat sich erhärtet. Die hehren Versprechungen bezüglich Sparbemühungen, welche von vielen in diesem Rat vor den letzten Wahlen gemacht worden sind, sind damit definitiv als blosse Lippenbekenntnisse entlarvt. Ich muss leider davon ausgehen, dass Sie auch diesem, meinem letzten Sparantrag nicht zustimmen werden. Ich stelle ihn aber trotzdem. So können Sie nachher wenigstens nicht behaupten, Sie hätten im Bereich der Direktion der Justiz und des Innern gar keine Möglichkeit zum Sparen gehabt.

Ich beantrage Ihnen eine Kürzung von 10'581'800 Franken, was 4,3 Prozent entspricht. Wenn Sie sich die Mühe machen, die Kostenentwicklung im Straf- und Massnahmenvollzug während der letzten Jahre sowie die Prognosen im KEF anzuschauen und zum Beispiel auch einen Blick auf die Personalentwicklung werfen, wonach wir letztes Jahr zehn Stellen mehr ins Budget eingestellt haben und im KEF eine weitere Aufstockung um 16 Stellen bis zum Jahr 2003 vorgesehen ist, so stellen Sie unschwer fest, dass die Kosten davonzulaufen drohen. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Dass Kosteneinsparungen im Straf- und Massnahmenvollzug auf verschiedenen Gebieten möglich sind, ohne – das betone ich – den Sicherheitsaspekt zu vernachlässigen, steht für mich ausser Zweifel. Auch wenn der luxuriöse Strafvollzug in unserem Kanton etwas geschmälert würde, könnte ich gut damit leben und vermutlich auch unsere ausländische

Hauptklientel, die immerhin etwa 70 Prozent ausmacht, die sich beim Verbüssen einer Strafe in unserem Kanton eher in den Ferien denn im Strafvollzug wähnt. Konkret darf festgestellt werden, dass viele Bezirksgefängnisse heute eine bis zu 30 Prozent kleinere Belegung aufweisen als noch in den vorangegangenen Jahren. Diese Feststellung wurde übrigens von den Vertretern der Direktion der Justiz und des Innern anlässlich der Budgetdiskussion in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit bestätigt.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle speziell auf einige Zahlen hinzuweisen, die sich vor allem durch steigende Tendenz auszeichnen. Wie Sie sich erinnern mögen, hat das Volk im November 1998 der Realisierung eines stationären Behandlungskonzepts in der Strafanstalt Pöschwies nicht zugestimmt. Die Regierung indessen hat das entsprechende Konzept in etwas modifizierter Form trotzdem ungebremsst weiterverfolgt, notabene also gegen den Volkswillen. So weist der Psychiatrisch-Psychologische Dienst PPD eine Steigerung von 2500 Konsultationen von 1998 gegenüber 1999 auf. Von 1997 gegenüber 1999 kann man gar eine Steigerung von 3361 Konsultationen feststellen, was einem Zuwachs von rund 77 Prozent entspricht – Tendenz steigend.

Es ist also allerhöchste Zeit, dem Volksverdikt von 1998 endlich vollumfänglich und in seiner ganzen Breite Nachachtung zu verschaffen. Gleichzeitig kann dabei sehr viel Geld gespart werden. Ich bitte die Ratslinke, uns jetzt nicht wieder zu unterstellen, die SVP vergleiche einmal mehr «Rüebli» mit «Wienerli», gell lieber Marco Ruggli. Es ist mir auch bekannt, dass in der damaligen Vorlage Pöschwies Gebäude- und Infrastrukturanlagen mit den entsprechenden Kosten enthalten waren. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Stimmvolk nicht in erster Linie Gebäude abgelehnt hat, sondern vor allem zu übertriebenen, teuren und erst noch sehr fragwürdigen Therapien an Sexual- und Gewaltstraftätern Nein sagte. Dem gilt es nun endlich Rechnung zu tragen.

Ich bitte Sie unter Würdigung dieser verschiedenen Aspekte, meinem Kürzungsantrag zuzustimmen.

*Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden):* Lieber Peter Good, wir wollen schon sparen, aber nicht am gleichen Ort wie Sie. Sie wollen 10 Mio. Franken an einem Ort sparen, bei dem es gar nichts zu sparen gibt, weil die Kosten gebunden und nicht beeinflussbar sind. Natürlich weiss ich, dass die SVP den Strafvollzug in der Schweiz als Luxus-

Strafvollzug bezeichnet, vor allem für Leute, die aus dem Ausland kommen. Peter Good könnte zum Beispiel verlangen, dass die Verpflegung für Leute aus dem Ausland schlechter ist, da sie nicht mehr beschäftigt werden oder dass sie weniger Aufsichtspersonal bekommen. Dabei müsste er sich aber auch überlegen, welche Folgen solche Massnahmen hätten. Die Leute würden noch mehr herumhängen, würden aggressiver, psychisch und physisch noch kränker, und die Sicherheit wäre nicht mehr gewährleistet. Ich bin nicht sicher, ob die SVP dies in Kauf nehmen will, da sie doch immer sagt, sie sei so für die Sicherheit.

Wir Grüne sind überzeugt, dass auch dieser gewaltige Sparvorschlag nichts bringt und auf lange Sicht mehr Kosten verursacht. Wir wollen, dass die Gefangenen nach ihrer Haftstrafe möglichst den Weg in unsere Gesellschaft wieder finden. Da gehört auch genügend Personal dazu. Wir wollen vor allem, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Wir wollen keine Rückfälle und keine Ausbrüche.

Aus diesen Gründen lehnen wir Ihren – für mich unvernünftigen – Minderheitsantrag ab.

*Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster):* Die FDP-Fraktion wird den Minderheitsantrag auch nicht unterstützen.

Das Budget 2001 wurde in der Kommission mit der Rechnung 1999 verglichen und erhöht. Wir müssen daran denken, dass wir im Jahr 2000 aus Sicherheitsgründen zehn Stellen mehr bewilligt und damit ein Budget von 233 Mio. Franken genehmigt haben. Kürzen wir nun um 10,5 Mio. Franken, sind wir unter dem Betrag aus dem Jahr 2000.

Susanne Rihs und Dorothee Jaun haben es schon erwähnt, es hat hier drin Kosten, die wir nicht beeinflussen können. Im Globalbudget entstehen nämlich rund 8 Mio. Franken zusätzliche Kosten wegen der Personalkostenerhöhung sowie mehr Abschreibungen und Zinsen auf Liegenschaften. Würden wir um 10,5 Mio. Franken kürzen, würde dies unweigerlich auch auf den einmal definierten Sicherheitsstandard Auswirkungen haben. Ob wir dies wollen, können wir nicht einfach heute so über den Daumen gepeilt entscheiden und locker mit einer Budgetkürzung an die Hand nehmen. Die Kostensteigerung – da gebe ich Peter Good Recht – gibt wirklich zu Besorgnis Anlass. Die Kommission wird sich im nächsten Jahr diesen Fragen rund um den Strafvollzug vermehrt und vertieft annehmen und sich intensiv damit befassen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag nicht zu unterstützen.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Bei einem Budget von insgesamt 240 Mio. Franken werden sich zusammengefasst sicherlich rund 10 Mio. Franken sparen lassen. Wir unterstützen indessen den Minderheitsantrag Peter Good aus folgenden Erwägungen nicht.

Die Spur, Peter Good, ist richtig. Der Weg, den Sie beschreiten, ist indessen falsch. Wir sind der Ansicht, dass die Leistungsstandards im Straf- und Massnahmenvollzug gründlich überprüft werden sollen. Wir glauben aber, dass sich diese Überprüfung nicht im Rahmen einer Budgetdebatte bewerkstelligen lässt. Wir schlagen daher vor, dass sich die Kommission dieser Frage vertieft annehmen soll. Anlass dazu gibt vor allem das Beispiel, das Sie erwähnt haben. Das Stimmvolk hat eine Vorlage zur Errichtung einer psychiatrischen Betreuung in der Strafanstalt Pöschwies abgelehnt. Die Direktion geht dann gleichwohl hin und etabliert dies – mit relativ gut ausgestatteten Mitteln – auf anderem Weg. Es gibt auch andere Beispiele, die zu erwähnen sind. Wenn man schon einen kostengünstigeren Vollzug forcieren möchte – also von der Einsperrung an sich wegkommen will – und die Gefängnisstrafen in gemeinnützige Arbeit umwandelt oder sie anderswie vollziehen lässt, sollten auch diese Wege, die Sinn machen, möglichst kostengünstig ausgestaltet werden. Es ist noch nicht gesagt, dass beispielsweise ein FIAZ-Delinquent (Fahren in angetrunkenem Zustand), der seine Strafe in Form von gemeinnütziger Arbeit erbringt, gleichzeitig eine umfassende Betreuung benötigt.

Fazit: Wir können leider den Minderheitsantrag nicht unterstützen, obwohl wir hier auch Handlungsbedarf lokalisiert haben. Wir sind der Ansicht, dass dies möglichst rasch in der Kommission geschehen soll, weil sonst die Gefahr besteht, dass beim Budgetprozess 2002 ähnliche oder dieselben Worte, wie ich sie soeben zitiert habe, wieder fallen werden.

*Daniel Vischer (Grüne, Zürich):* Ich bin etwas erstaunt über das Votum von Markus Werner. Es wird immer so getan, als ob der Strafvollzug gewissermassen eine Luxusangelegenheit sei. Das können nur Leute sagen, die ihn nicht kennen.

Es stellen sich vier Probleme. Erstens ist mir nicht bekannt, dass die SVP, die landauf und landab eine wortgewaltige Partei ist, sich in Bern und anderswo dafür eingesetzt hat, dass endlich das unnütze Strafsystem eliminiert und substituiert wird, wie das Markus Werner

zu Recht angetönt hat. All diese Reformen scheitern gerade an der SVP. Also: viel Lärm um nichts.

Zweitens: Alt Kantonsrat Jürg Peyer und ich haben schon vor Jahren einen Vorstoss eingereicht, man solle überprüfen, inwieweit jede Strafe eines Ausländers zur vollen Länge in der Schweiz abgesessen werden muss und ob vorzeitige Rückschaffungen nicht sinnvoller wären. Dieser Vorstoss ist irgendwo versandet. Es ist mir nicht bekannt, dass die SVP dergestaltige Initiativen unterstützt. Sie redet immer noch von sinnloser Abschreckung, von der alle wissen, dass sie gar nichts bringt. Aber, lieber Lärm punkto Abschreckung als tatsächlich Kosten zu sparen, wo es geht.

Drittens: Man muss nicht so tun, als ob eine Differenzierung im Strafvollzug zwischen Schweizern und Ausländern überhaupt zulässig wäre. Selbst, wenn Sie dies wollten, wäre es selbstverständlich rechtsstaatlich unzulässig. Da können Sie noch lange jammern, dass Ihnen dies nicht passt. Die erste diesbezügliche Beschwerde würde in Strassburg gutgeheissen.

Viertens: Es ist nicht so, dass wir gewissermassen in dem von Ihnen beschworenen goldenen Resozialisierungszeitalter leben. Alle haben gemerkt, dass Leute, die in ihre Heimat zurückmüssen – aus welchen Gründen auch immer –, hier nicht resozialisiert werden können und dass dies vergebliche Liebesmüh darstellt. Dann müssten Sie den Massnahmen zum Durchbruch verhelfen, die vorzeitige Abschiebemöglichkeiten und kürzere Aufenthaltsdauer auch in Sicherheits- und Untersuchungshaft ermöglichen. Nicht zuletzt Sie waren es, die das ganze sinnlose ANAG-System (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) mit etabliert haben, das zu einem Grossteil unsere «Kisten» füllt.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Wir sind hier in einem relativ sensiblen Bereich der Sicherheit, nämlich bei der direkten Sicherheit. Als Mitglied der Strafvollzugskommission sage ich Ihnen, dass die Gefängnisse im Kanton Zürich keine Ferienlager sind. Der Vollzug wird gestrafft. Er ist nicht so, dass man tun und lassen kann, was man möchte. Bei jeder Panne, die passiert, kommen die Medien, Sie und andere, die sagen: Wie konnte dies nur geschehen? Man hätte ein bisschen straffer sein und ein bisschen mehr Sicherheit in den Gefängnissen haben müssen. Sie können aber nicht in diesem Bereich anfangen zu sparen.



Wenn Markus Werner argumentiert, bei 240 Mio. Franken werde es wohl schon irgendwo 10 Mio. Franken zum Sparen geben, sind das für mich keine Gründe. So zu argumentieren, ist für mich die Aussage, dass einem die Gründe zu Sachargumenten fehlen. Ich bitte Sie, hier sachdienlich zu entscheiden und nicht einfach emotional aus dem hohlen Bauch sowie gefühlsmässig.

In dem Sinn bitte ich Sie, den Minderheitsantrag nicht zu unterstützen.

*Dorothee Jaun (SP, Fällanden):* Geschätzter Kollege Markus Werner, Ihr Votum entbehrt jeglicher Fachkenntnis. Sie haben davon gesprochen, man müsse den Leistungsstandard in den Gefängnissen senken und tönen an, dies könnte man vielleicht bei den psychologischen Diensten tun. Die psychologischen Dienste aller Gefängnisse zusammen haben 24 Personen. Wenn man aber 10 Mio. Franken kürzen will, müsste man 70 Personen entlassen.

Wer zusammen mit der KJS die eindrückliche Vorstellung mit den Gefängnisdirektoren erlebt hat, weiss, dass in unseren Gefängnissen je länger je mehr psychisch auffällige Täter sitzen, weil die psychiatrischen Kliniken nicht mehr bereit sind, diese auffälligen Menschen längerfristig zu behalten. Dies ist eine Tatsache. Alle, die an dieser Veranstaltung teilgenommen haben, wissen, dass die psychologischen und psychiatrischen Dienste vor allem von den Schweizer Gefangenen benützt werden und nicht etwa von den Ausländern und Ausländerinnen.

Es ist auch nicht so, wie Sie gesagt haben, Markus Werner, dass die Menschen, die wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand verurteilt sind und gemeinnützige Arbeit verrichten, noch psychologisch betreut werden. Es geht tatsächlich nur um die schwierigen Fälle. Im schweizerischen Rahmen ist der Zürcher Strafvollzug hart. Die Pöschwies gilt als harte Strafvollzugsanstalt. Manche Gefangene möchten lieber in einen anderen Kanton wechseln. Wenn wir hier 10 Mio. Franken sparen müssten, können wir nur an der Sicherheit sparen. Dies ist nicht im Sinne des Kantons.

*Regierungsrat Markus Notter:* Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Ablehnung. Das wird Sie nicht überraschen.

Für mich ist auch in der Diskussion nicht klar geworden, wo Sie diese 10 Mio. Franken sparen möchten. Es ist von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen worden, dass der Saldo in diesem Bereich leicht

höher ist als das letzte Jahr. Wenn man aber analysiert, woher die Erhöhung kommt, ist sie exogen begründet. Es sind zum Teil auch buchhalterische Begebenheiten wie Abschreibungen, Zinsen auf Liegenschaften, Vergütungen, interne Verrechnung und so weiter. Es ist gesagt worden, wenn man diesem Antrag zustimmen würde, käme der effektive Saldo, der uns zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung steht, unter das, was wir 1998 und 1999 zur Verfügung hatten. Das wäre meines Erachtens untragbar.

Es sind auch einige Bemerkungen zur Kostenentwicklung und zum Leistungsstandard gemacht worden, die nicht unkommentiert stehen gelassen werden können. Es ist die Behauptung in die Welt gesetzt worden, dass wir nun eine dauernde Kostensteigerung im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs zu verzeichnen hätten. Ein Blick in den KEF zeigt Ihnen, dass dies nicht so ist. Der Saldo ist einigermaßen stabil. Er bewegt sich jedenfalls nicht über die Teuerungsquote und über den allgemeinen Entwicklungen, insbesondere was den Personalbereich anbelangt.

Dieser Straf- und Massnahmenvollzug ist nicht aus dem Ruder, was die Finanzen anbelangt. Das ist kein Zufall. Es ist einigen von Ihnen bekannt, dass der Kanton Zürich alle Anstrengungen unternimmt, um alternative Strafformen möglichst stark einsetzen zu können. Wir sind derjenige Kanton, der die gemeinnützige Arbeit am frühesten und am stärksten eingesetzt hat und der auch die Halbgefangenschaft sehr intensiv ausgebaut hat. Das sind alles Vollzugsformen, die uns Kosten sparen. Das machen wir nicht einfach so, sondern dies ist ein Auftrag, den wir selbstverständlich ernst nehmen, auch in diesem Bereich haushälterisch mit den Mitteln umzugehen.

Wenn nun von Leistungsstandard in diesem Bereich gesprochen wird, frage ich mich, was Sie damit meinen. Die Gefängnisbauten sind da. Sie sind gegeben. Da können Sie am Standard nicht viel ändern. Wenn Sie das Essen meinen, das einen zu hohen Leistungsstandard darstellen soll, habe ich schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass pro Verpflegungstag für einen Anstaltsinsassen weniger Geld aufgewendet wird als für die Diensthunde. Wir haben auch tiefere Ansätze, als sie im Militär gelten. Wir kochen also ausserordentlich günstig, gleichwohl nahrhaft und gut. Was die Kleidung und all diese Dinge anbelangt, haben wir einen ganz normalen Standard. Sie kennen vielleicht unsere braune Anstaltskleidung, wenn Sie einmal einen Besuch in den Strafanstalten gemacht haben. Ich lade Sie herzlich dazu ein. Auch hier erkenne ich keinen überwältigenden Standard.

Wenn Sie von Abbau des Standards sprechen, geht es darum, dass wir weniger Aufseher einsetzen, das bedeutet, den Standard abbauen. Das heisst, gleichzeitig auch die Sicherheit abzubauen. Sie haben uns letztes Jahr zehn zusätzliche Stellen bewilligt, damit wir an den Wochenenden nicht nur einen Aufseher in einem Bezirksgefängnis haben, sondern dass die Dienstpläne so ausgestaltet werden können, dass man zumindest zu zweit ist. Wir hatten eine Reihe von Ausbrüchen an diesen Sonn- und Feiertagen, weil die Häftlinge natürlich gewusst haben, dass nur ein Aufseher da ist. Ich frage Sie: Ist das nun ein Leistungsstandard, den Sie als überrissen betrachten, wenn in einem Gefängnis nicht nur ein Aufseher an Sonn- und Feiertagen Dienst tut, sondern wenn sie zu zweit sind? Meines Erachtens ist dies kein überrissener Standard.

Es ist gesagt worden, die psychiatrischen Konsultationen würden zunehmen. Das sei auch eine Frage der Kostensteigerung. Sie müssen einmal unsere Klientel analysieren. Wir haben bei den Strafgefangenen zunehmend psychische Störungen auch allgemeiner Art. Jetzt gibt es eine Alternative. Man kann sagen, diese würden in die Psychiatrie gehören. Aber schauen Sie einmal, was ein Tag in der Psychiatrie kostet, wenn die Sicherheitsstandards noch einigermaßen da sein sollen, damit die Leute nicht einfach weglaufen. Das kostet ein Vielfaches dessen, was wir in den Strafanstalten an Kosten haben. Deshalb ist eine ausreichende, nicht eine übertriebene, aber eine angemessene psychiatrische Versorgung in den Gefängnissen notwendig. Sie ist, wenn Sie dies zu Ende denken, nicht kostentreibend, sondern im Gegenteil kostensparend, weil wir die Leute viel länger bei uns im System behalten können, als wir dies sonst könnten. Das macht durchaus Sinn.

Ich lade Sie alle ein, sich einmal zu erkundigen, wie sich der Gefängnisalltag verändert hat. Die Belastungen haben in einem Ausmass zugenommen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil damit fast nicht mehr fertig werden. Wir haben spezielle Ausbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Ausbildungszentrum in Freiburg im Umgang mit schwierigen und psychisch gestörten Insassen anbieten müssen, weil wir nur so einigermaßen sicher sein können, dass unser Personal das auch verkraften kann.

Aus meiner Direktionssicht hätte ich Ihnen ein anderes Budget vorgelegt, als es Ihnen jetzt vorliegt. Da hätten sie nicht darüber diskutiert, ob man auf dem heutigen Niveau 10 Mio. Franken sparen könnte. Sie hätten darüber diskutiert, wie viel neue, zusätzliche Stellen Sie

bewilligen müssen. Wenn es nach unseren Überlegungen und den Notwendigkeiten im Strafvollzug gehen würde, hätten wir Ihnen ein viel höheres Budget beantragen müssen.

In diesem Ratssaal ist wohl vielen nicht bekannt, wie Budgetberatungen im Regierungsrat vor sich gehen. Da gibt es einige Sparrunden, die wir durchgemacht haben. Was ich Ihnen hier präsentiere, lege ich Ihnen unter Einhaltung des Kollegialprinzips vor und sage: Ich kann dazu einigermaßen stehen. Das ist aber nicht mein Wunschbudget. Das ist kein Wunschkonzert, das die Direktionen hier veranstalten, wie ich es zum Teil in der Eintretensdebatte gehört habe. Es wird im Regierungsrat hart gerungen. Alle müssen Federn lassen. Man geht nicht einfach so locker darüber hinweg.

Wenn Sie jetzt ein Budget vor sich haben, das im Wesentlichen auf dem Niveau vom Vorjahrsbudget bleibt, dann ist das nicht der Wunsch der Direktion und auch nicht derjenige der einzelnen Anstalten, sondern das wird ziemlich zähneknirschend zur Kenntnis genommen. Wir führen das aus. Das hat aber etwas mit den Vorgaben zu tun, die der Regierungsrat den Direktionen erteilt hat. Wenn Sie zu meinen scheinen, dass man einfach fröhlich überall noch ein paar Prozente kürzen kann, nach dem Motto, bei den grossen Budgets, die über 200 Mio. Franken betragen, kann man sicher noch 10 Mio. Franken rausstreichen, dann ist das etwas unbedarft. Es geht anders zu bei uns. Wir haben Budgetvorgaben. Die Finanzdirektion ist nicht so nett und lieb, wie Sie alle offenbar meinen – leider. Wir würden uns in der Regierung – jedenfalls die sechs anderen Mitglieder – einen Finanzdirektor wünschen, der so wäre, wie Sie das darstellen. Leider ist es nicht so. Wir haben hier unsere Budgetdisziplin erfüllt und sind auf das Minimum runtergefahren, das wir noch verantworten können. Wenn Sie jetzt noch Kürzungen beantragen und beschliessen, geht dies so nicht mehr.

Ich bitte Sie dringend, den Antrag abzulehnen. Er ist unseriös und hat keine sachlichen Grundlagen.

### *Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Peter Good und Bruno Walliser (KJS), Konto 2206, Straf- und Massnahmenvollzug, Globalbudget, Aufwand Laufende Rechnung, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 90 : 43 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

*Konto 2251, Bezirksräte*

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Ich stelle hier keinen Antrag, sondern lediglich eine Frage an Regierungsrat Markus Notter. Mich und die Fraktion interessiert, ob in Bezug auf die geplante Erstellung des Bezirksgebäudes im noch nicht so richtig existierenden Bezirk Dietikon ein Kredit in einem Investitionskonto eingestellt ist. Wir haben in den vergangenen Budgetperioden bei dieser Gelegenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht, diesbezüglich etwas zu präjudizieren. Nachdem der Verfassungsrat nun über die all-fällige Neuaufteilung der Bezirke entscheiden wird, wollen wir das auch dieses Jahr so halten. Es wäre also sehr nützlich und informativ, wenn wir diese Angaben an dieser Stelle erhalten würden.

*Regierungsrat Markus Notter:* In der Investitionsplanung ist selbstverständlich etwas vorgesehen. Sie werden aber eine Vorlage – einen Verpflichtungskredit – über dieses Bezirksgebäude erhalten. Dann ist es der Ort, in diesem Zusammenhang darüber zu diskutieren, ob man dies bewilligen will oder nicht. Ich melde immerhin an, dass es auch Gründe dafür gibt, Markus Werner. Diese werden wir darlegen, wenn es soweit ist.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

**23 Direktion für Soziales und Sicherheit***Konto 2300, Generalsekretariat****Minderheitsantrag Susanne Rihs-Lanz (KJS)***

Konto 3180, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter

alt: Fr. - 931'000

neu: Fr. - 841'000

Verbesserung: Fr. 90'000

(Streichung des Beitrags nationale Kandidatur olympische Winterspiele 2010)

*Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden):* Es ist schon paradox. Zuerst machen wir mit unserer Lebensweise die Umwelt kaputt. Als Folge davon verändert sich das Klima, sodass wir fast keinen kalten Winter, keinen Schnee in den unteren Lagen und kein natürliches Eis mehr haben. Dann wollen wir unbedingt Winterspiele durchführen.

Mit den 90'000 Franken soll der Kanton Zürich die nationale Kandidatur der Olympischen Winterspiele 2010 unterstützen. Er signalisiert damit, dass er mit eventuellen Sportbauten, zusätzlichen Strassen und dem grossen Verkehrsaufkommen durch einen grossen Teil unseres Kantons einverstanden ist. Er signalisiert damit auch, dass er für nur rund 14 Tage einen enormen finanziellen und umweltbelastenden Aufwand zu leisten bereit ist.

Wir Grüne sind gegen den Beitrag von 90'000 Franken. Wir sind nicht nur gegen eine Kandidatur, sondern überhaupt gegen olympische Winterspiele in unserem Land. Unser Land ist zu klein für solche gigantischen Anlässe. Die Austragungsorte wären auch zu dezentral. Das hat sogar das Schweizerische Olympische Komitee gemerkt, das die Kandidatur zurückgestellt hat.

Die Grünen sind der Überzeugung, dass sich unser Land durch andere Sachen weltweit profilieren kann, zum Beispiel durch eine intakte Umwelt und durch unversehrte Landschaften. Wir sind der Meinung, dass es wenig Sinn macht, 90'000 Franken in den Wintertourismus zu stecken, der doch wirklich blüht. Wenn schon, sollten wir Geld in den Sommertourismus hineinstecken; in Projekte, die Sinn machen, damit der Sommertourismus wieder einen Aufschwung erlebt. Wir hoffen, dass Sie dies auch sehen.

Wir lehnen den Antrag ab.

*Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg):* Meine Interessensbindung: Ich bin Co-Präsident des Vereins «Olympia Zürich–Graubünden–Schwyz» sowie Präsident des Patronats «Winterspiele mit Zürich». Da ich aber keine Honorare beziehe, bin ich von den 90'000 Franken nicht direkt wirtschaftlich begünstigt, somit nicht befangen und muss auch nicht in den Ausstand treten.

Susanne Rihs, zwei, drei Argumente zu den 90'000 Franken, die Sie nicht gebracht haben. Sie haben keine fundierte Aussage, sondern eine allgemeine gemacht. 750'000 Franken kostet die nationale Kandidaturphase. Dazu trägt der Staat Zürich 90'000 Franken bei. Nehmen Sie dies zur Kenntnis. Die internationale Kandidaturphase würde

13,6 Mio. Franken kosten. Staatsgelder von 2,4 Mio. Franken sind vorgesehen, davon für den Kanton Zürich 0,45 Mio. Franken. Das sind im Moment die Zahlen. Wenn Sie noch wissen wollen, was die Gesamtolympiade, wie sie heute geplant ist, kosten wird, wären das 1,16 Mrd. Franken.

Was kriegen wir dafür? Wir haben einen Ausgabeneffekt, das heisst es wird Geld in die Wirtschaft hineinfließen, und zwar rund 1,5 Mrd. Franken. Wir werden einen Beschäftigungsgrad von 7000 Personenjahre erreichen. Wir werden direkte Steuererträge von 70 Mio. Franken haben. Sie können davon ausgehen, dass der Kanton Zürich jeweils immer zu einem Drittel davon profitieren wird. Susanne Rihs, so günstig haben Sie noch nie Wirtschaftsförderung gemacht.

Sie lassen aber eine andere Diskussion vom Stapel, nämlich was Ihnen an Anlässen passt und was nicht. Wo waren Ihre Argumente für den Kredit für die Expo? Da stellen Sie mit Feuer und Flamme dahinter. Wenn Sie einmal die Umweltverträglichkeitsprüfung der Expo mit derjenigen der Olympiade vergleichen, kommen Sie auf ein ganz anderes Ergebnis. Rund 90 Austragungsstandorte wurden unabhängig auf deren Umweltverträglichkeit überprüft. Von diesen 90 sind gerade sechs ungenügend, Susanne Rihs. Sie sprechen hier von einer Umweltkatastrophe, die wir angehen wollen. Selbstverständlich werden diese sechs überarbeitet, verbessert oder allenfalls auch fallen gelassen.

Susanne Rihs, Sie ziehen natürlich die falschen Schlüsse, wenn Sie glauben, der Exekutivrat hätte das Dossier zurückgeschickt, weil es zu dezentral ist und weil es keine Chancen habe. Das mag sehr wahrscheinlich eine der Aussagen gewesen sein. Es sind aber andere Hintergründe. Man weiss auch nicht, ob es Bern–Montreux ist, das im Moment nicht genügt, oder ob es Zürich–Graubünden ist.

Sie tun mit olympischen Spielen in diesem Land Gutes, indem Sie unserem Land wieder ein Projekt geben, das die Bevölkerung zusammenhält, das auch für eine Generation ist, die nicht nur zu Hause Wollpullover stricken und Velo fahren will. Es gibt hier noch eine andere Bevölkerung. Auch international tun Sie mit diesen 90'000 Franken viel mehr Gutes für die Schweiz als mit all Ihren Velowegen.

*Peider Filli (AL, Zürich):* Der Kreis schliesst sich. Natürlich würde auch ich zur Eröffnung der Olympiade 2010 ins I-Mac-Stadion beim Hardturm pilgern, weil es geil ist. Ich war aber im Engadin, als St. Moritz und Davos ein Olympiaprojekt planten. Schon damals war es

für Graubünden ein Projekt, das beschleunigt Strassen aufbaut. Es wurde und wird keine Rücksicht auf die Stammgäste genommen. Es nützt Ihnen nichts, dass die Hotels nur zur Hälfte mit Olympiafunktionärinnen gefüllt werden, wenn das halbe Skigebiet, die Loipen und andere Sportstätten wegen Olympia gesperrt sind und das ganze Tal mit Verkehr verstopft ist. Dann kommen sie nicht mehr. Schon damals habe ich dagegen gekämpft. Olympia fördert den Qualitätstourismus keinen Deut. St. Moritz, Davos und Laax sind wohl bekannt genug, dass man nicht noch Werbung durch diesen Grossanlass machen muss. Es ist eine kurzfristige Wirtschaftsförderung. Die Stammgäste kämen dann nicht mehr. Sie würden nach Österreich, ins Berner Oberland oder dahin, wo es nicht solche Grossveranstaltungen gibt, ausweichen.

Als Kantonsrat, der an jede «Hundsverlochete» geht, finde ich die Olympiade natürlich toll. Doch es ist ein Projekt, bei dem keine Freude herrscht.

*Luzia Lehmann (SP, Zürich):* Die SP-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag Susanne Rihs; dies nicht etwa, weil die SP den Sport geringerschätzen würde. Schliesslich zählen wir in unseren Reihen von der Marathonläuferin bis zum Stabhochspringer fast alle Disziplinen. Ich zähle Ihnen die Gründe auf, die gegen diese Kandidatur sprechen, gegen die sich der Antrag wendet. Daher fällt das Vorrechnen von Geldern nicht in diesen Zusammenhang, Hans-Peter Portmann.

Das Bewerbungsdossier ist schlecht. Es zeigt unter anderem, dass diese olympischen Winterspiele keineswegs nachhaltig ausgetragen werden können. Es wurde von den Umweltschutzorganisationen sehr genau studiert. Das musste sogar die Task Force der Kandidatur zugestehen. Im Unterschied zu den klaren Punkten, die Hans-Peter Portmann im Zusammenhang mit dem Dossier erwähnt hat, ist es gerade so, dass es ein unverbindliches Planspiel ist. Es ist fast nichts darin definitiv. Inzwischen hat der Druck innerhalb der Schweiz zur Kandidatur begonnen, das Ganze zentraler auszutragen. Die dezentralisierten Qualitäten des jetzigen Dossiers, die noch etwas Nachhaltigkeit versuchen, sind schon unter Druck. Wenn die Kandidatur in die internationale Phase kommt, dann kommt erst recht der Druck von Fernsehen und Sponsoren für mehr zentrale Austragung. Zudem ist die Verkehrssituation absolut ungenügend und unzufriedenstellend geklärt.



Von den 1,7 Mrd. Franken, die Hans-Peter Portmann erwähnt hat, die aus diesen olympischen Spielen hervorkommen sollen, sind 1,1 Mrd. Franken für den Strassenbau vorgesehen.

Ein zweiter Grund ist, dass die Tourismuswerbung diese olympischen Winterspiele nicht braucht. Was es braucht, ist, wie erwähnt worden ist, Qualitätstourismus und eine Reduzierung der einseitigen Abhängigkeit vom Wintertourismus; wenn schon, dann landschaftsverträgliche sommertouristische Aktivitäten fördern.

Ein dritter Grund: Die Unterstützung im Kanton Graubünden für dieses Projekt ist viel zu klein. Dort müsste sie ja hauptsächlich sein. Das Komitee wollte einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Ablehnung des WM-Kredits in Graubünden für die Ski-Weltmeisterschaften eigentlich ein Symbol gewesen wäre, dass die Unterstützung fehlt. Bei jenem Kredit war keine Organisation gegen diesen Kredit.

Ein weiterer Grund, der gegen diesen Kredit und die Kandidatur spricht, ist, dass die Kandidatur sehr geringe Chancen hat. Es wird häufig gesagt, zweimal hintereinander würden die olympischen Winterspiele nicht in Europa ausgetragen. Wenn dies so ist, dann gehen die Bewerbungsgelder einzig zu Beratungsbüros. Dort sollen sie nun bestimmt nicht ausgegeben werden. Das wäre ein Konto zum Sachaufwand, wo sich die SVP sonst sehr viel Mühe gibt, links und rechts zu kürzen. Dies wäre eine Gelegenheit.

Wenn es keine anderen Gründe mehr gibt, ein solches Projekt zu unterstützen, dann kommt Hans-Peter Portmann mit der pathetischen Beschwörung des Zusammenhalts der Schweiz.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag zu unterstützen.

*Peter F. Biemann (CVP, Zürich):* Diese Olympiakandidatur wird mit oder ohne unsere 90'000 Franken weitergezogen werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns diese 90'000 Franken eine Legitimation geben, im Detailprojekt mitzubestimmen und mitzureden. Ich sehe deshalb diese 90'000 Franken als Chance, auch für Sie von der «grünen» Seite.

*Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg):* Es tut mir leid, dass ich nochmals zu «lächerlichen» 90'000 Franken das Wort ergreifen muss. In Unkenntnis des Bewerbungsdossiers ist hier so viel Stuss gesprochen worden, dass ich einfach Korrekturen anbringen muss.

Ich habe Sie eingeladen, mit uns mitzumachen, so wie es auch die Grünen im Kanton Graubünden tun. Sie könnten das Projekt im Verein kritisch mitverfolgen, dann wüssten Sie, worum es geht. Sie wollen nicht.

Zu den Stammgästen, lieber Peider Filli: Es ist natürlich nicht so. Es gibt eine Vorgabe. Mindestens 50 Prozent der Hotelbetten müssen für die Stammgäste frei bleiben. In der Olympiaregion hat es 58'000 Hotelbetten, und 14'000 sind für die Olympiade geplant. Es bleibt für die Stammgäste sehr viel übrig.

Es ist auch nicht richtig zu den Investitionen, Luzia Lehmann, dass wir solche Strassenbauten vorhaben. Es sind Investitionen von 220 Mio. Franken vorgesehen. Einzige Neubauten sind die Sprungschanze und die Eisschnelllaufbahn. Ich kann Ihnen aber sagen, wo Geld in den Verkehr eingeht, nämlich in den öffentlichen Verkehr. Es ist geplant, die SBB-Linie Zürich-Flughafen nach Chur auszubauen.

Wenn Sie argumentieren wollen, informieren Sie sich vorher. Dann wissen Sie, worum es geht.

*Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden):* Erstens, Hans-Peter Portmann, verstehe ich nicht, weshalb Sie sich so aufregen.

Zweitens habe ich nicht das Gefühl, dass wir alle Stuss erzählt haben. Auch Sie müssten sich überlegen, was Sie erzählt haben.

Drittens wundere ich mich, dass Sie die Grünen so gut kennen. Ich bin überzeugt, dass wir nicht für die Expo eingestanden sind. Wir sind gegen solche Monsteranlässe. Wir lieben weder eine Expo noch den Autosalon. Wir wollen einen sanften Tourismus. Diesen sollten wir fördern. Ich gebe zu, dass ich das Winterolympiade-Dossier nicht kenne. Das ist auch nicht nötig. Wir Grüne wollen keine Winterolympiade aus denjenigen Gründen, die ich schon gesagt habe.

*Regierungspräsidentin Rita Fuhrer:* Die olympischen Winterspiele finden vor allem im Kanton Graubünden statt und nicht im Kanton Zürich. Selbstverständlich ist der Kanton Zürich, wo auch immer in der Schweiz olympische Winterspiele stattfinden, stets betroffen, weil der Flughafen im Kanton Zürich ist und weil wir dadurch mit Sicherheits- und Verkehrsproblemen betroffen sind. Hier haben wir die Möglichkeit, tatsächlich in der Task Force Einsitz zu haben, also direkte Informationen zu erhalten und rechtzeitig Einspruch erheben zu

können, wenn irgendwo etwas geplant werden sollte, das uns wirklich Probleme machen würde.

Es ist richtig, dem Volk im Kanton Graubünden den Antrag vorzulegen, die olympischen Winterspiele dort durchzuführen, sofern sich der SOV (Schweizerische Olympische Verband) für Winterspiele im Kanton Graubünden verbunden mit Zürich entscheidet. Es ist nicht angezeigt, wenn der Kanton Zürich nach dem Kanton Graubünden, nach einer Zusage durch die Stadt Zürich, die mehr betroffen ist als der Kanton, und nach einer Zusage durch den Kanton Schwyz, die übrigens alle bedeutend grössere Beiträge gesprochen haben als die 90'000 Franken aus dem Kanton Zürich, als am wenigsten Betroffener hier einen Riegel schiebt. Es wäre ein Riegel, vielleicht kein finanzieller, sondern ein Riegel der Unterstützung oder des Wohlwollens. Wir würden die Spiele verhindern, indem wir das Gremium SOV negativ beeinflussen.

Der Regierungsrat hat sich entschieden, zurückhaltende Unterstützung zu zeigen, also immer nur so viel zu sprechen, wie wirklich gerade im Moment notwendigerweise gesprochen werden muss. Das sind diese 90'000 Franken. Im Übrigen behalten wir Einsitz in der Task Force und versuchen, dort mitzudenken und mitzubestimmen, wo es notwendig und wichtig ist, vor allem auch für den Kanton Zürich.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diese 90'000 Franken bewilligen.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Susanne Rihs-Lanz, Konto 2300.3180, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter, mit 84 : 43 Stimmen ab.**

#### *Konto 2310, Kantonspolizei (Globalbudget)*

***Antrag der Finanzkommission zu Konto 2310, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verbesserung Fr. 4'000'000 (Weniger neue Stellen bei der Kantonspolizei)***

#### ***Antrag Annelies Schneider-Schatz***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung  
gemäss Antrag des Regierungsrates

*Bernhard Egg (SP, Elgg):* Ich gebe Ihnen einige Erläuterungen zum Antrag der Finanzkommission zur Kantonspolizei ab. Die Finanz-

kommission beantragt, in diesem Globalbudget 4 Mio. Franken zu kürzen.

Ich gebe Ihnen zuerst einige Zahlen bekannt, damit Sie die Dimensionen sehen. Die Kantonspolizei ist ein Laden geworden, der in der laufenden Rechnung 428 Mio. Franken kostet. Der Saldo beträgt rund 313 Mio. Franken. Wenn man den Aufwand von 428 Mio. Franken in diesem Voranschlag mit der Rechnung 1999 vergleicht, betrug dieser damals noch 321 Mio. Franken. Ich lege nicht das Wachstum im Einzelnen dar. In diesem enormen Wachstum steckt die ganze Geschichte mit der Stadtpolizei Zürich, die Geschichte mit den Abschreibungen, die Rückgängigmachung der Lohnkürzung um 3 Prozent und so weiter.

Zu den Personalkosten, die in den Überlegungen der Finanzkommission eine grosse Rolle gespielt haben: Die Personalkosten betragen insgesamt rund 243 Mio. Franken, und zwar ohne die übernommenen Stadtpolizisten. Dort kämen noch 25 Mio. Franken dazu. Das Kantonspolizeikorps allein kostet 153 Mio. Franken. Die Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals betragen 89 Mio. Franken. Ich erwähne diese deshalb, weil hier die zivilen Angestellten und die Flughafensicherheitspolizei drinstecken.

Was waren die Überlegungen der Finanzkommission? Das eine war die Erkenntnis, dass schliesslich auch weniger Sachaufwand anfällt, wenn dieses «Urban Kapo-Projekt» bewilligt und gestartet wird, das immer damit verkauft worden ist, es könnten Doppelspurigkeiten beseitigt werden und Synergien würden entstehen. Dann sollte sich dies irgendwie in diesem Budget auswirken.

Zu den zusätzlichen Stellen: Im KEF werden vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001 insgesamt 80 zusätzliche Stellen ausgewiesen. Das sind 30 bei der Flughafensicherheitspolizei, 30 Sicherheitsassistenten, 10 Personen im zivilen und 10 im normalen Kantonspolizeikorps. Zum Vergleich: Die Kapo umfasst heute rund 1440 Stellen, die Flughafensicherheitspolizei 420. Bei der Flughafensicherheitspolizei haben wir gesagt, dass wir die 30 zusätzlichen Stellen nicht anrühren, weil andererseits eine Entschädigung geleistet wird. Die Kommission fand aber vor allem die 30 zusätzlichen Stellen Sicherheitsassistenten seien etwas reichlich, es würden auch weniger genügen. Dazu muss man wissen, dass bereits vor einem Jahr 30 zusätzliche solche Stellen bewilligt worden sind. Dieser recht grosse Zuwachs sollte nach Erachten der Finanzkommission etwas geringer ausfallen, nebst dem Argument von «Urban Kapo».

Zum Argument Globalbudget: Die Kantonspolizei kostet unterdessen über 400 Mio. Franken. Es ist ein sehr rudimentäres Globalbudget. Die 4 Mio. Franken Kürzung entsprechen rund einem Prozent. Die Finanzkommission meint, es wäre möglich, in diesem grossen Laden ohne diese 4 Mio. Franken auszukommen. Es steht der Polizeidirektion frei, wo sie diese 4 Mio. Franken einsparen will. Sie kann dies teilweise beim Personal tun oder teilweise beim Sachaufwand – wo auch immer.

Die SP-Fraktion stimmt der Kürzung zu.

*Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil):* Die SVP kann den Kürzungsantrag der Finanzkommission bei der Kapo nicht mittragen und bittet Sie, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Für uns ist und bleibt die Sicherheit ein zentrales Anliegen, auch bei zurückhaltendem Mitteleinsatz. Gemäss den Informationen im KEF ist ersichtlich, dass der Regierungsrat bereits Kürzungen im Stellenbereich der Kapo vorgenommen hat. Die zusätzliche Streichung der Finanzkommission von 4 Mio. Franken übersteigt aus unserer Sicht das verantwortbare Mass. Auch die Sicherheit gehört zum Standortvorteil eines attraktiven Kantons. Geben Sie der Zusammenlegung der Polizeien eine Chance und setzen Sie nicht unbedacht zum heutigen Zeitpunkt auf Nulldiät.

Ich habe Ihnen gestern und heute gut zugehört, als Sie im Rahmen des Budgets beim Straf- und Massnahmenvollzug fast unisono ins hohe Lied der Sicherheit eingestimmt haben.

Ich danke Ihnen, wenn Sie Ihre Verantwortung im Sicherheitsbereich ebenfalls bewusst wahrnehmen und den Antrag des Regierungsrates unterstützen.

*Dorothee Jaun (SP, Fällanden):* Namens der KJS stelle ich Ihnen den Antrag, den Kürzungsantrag der Finanzkommission nicht gutzuheissen. Die KJS hat einstimmig beschlossen, diesen Budgetposten nicht zu kürzen. Allerdings hat die Finanzkommission uns nicht zu einem Differenzbereinigungsverfahren eingeladen. Aber ich gehe davon aus, dass die KJS auch nach einem solchen an ihrer Meinung festgehalten hätte.

Die KJS ist einig mit der Finanzkommission, dass es sich um ein rudimentäres Globalbudget handelt. Wir gehen davon aus, dass dies nächstes Jahr anders aussehen wird und dass die Indikatoren und Wir-

kungen aufgelistet werden. Die KJS ist der Meinung, dass die Aufstockung der Beamten – es sind nicht so viele, wie die Finanzkommission meint – gerechtfertigt ist. Es handelt sich nämlich um 15 Sicherheitsbeamte. Diese zusätzlichen Sicherheitsbeamte sind sinnvoll, da sie Aufgaben ausüben können, welche die Polizisten nicht unbedingt tun müssen. Sie können insbesondere die Polizisten bei den Transporten entlasten. Es handelt sich um fünf zusätzliche Mitglieder des Polizeikorps und um 20 Flughafensicherheitspolizisten.

Ich gehe davon aus, dass diese Aufstockungen – die KJS hat sich davon überzeugt – gerechtfertigt sind und bitte Sie daher, den Kürzungsantrag der Finanzkommission nicht zu genehmigen.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Dass das Volumen der Kantonspolizei gesamthaft steigt, ist wohl logisch. Wenn man eine Kripo zusammenlegt, dann gibt es auch mehr Volumen bei den finanziellen Auswirkungen. Dass «Urban Kapo» Synergien realisieren soll und dass damit auch Einsparungen gemacht werden können, ist nicht von der Hand zu weisen. Sie sind aber sicher nicht von heute auf morgen realisierbar. Wir haben heute die Ausgangslage, dass der Korpsbestand bei der Kantonspolizei um über 100 Leute unter dem Sollbestand ist. Das ist eigentlich ein klares Risiko, das Sie und wir eingehen, weil der Sollbestand nicht irgendeine fiktive Zahl ist, sondern eine Zahl, die die Sicherheit im Kanton Zürich mit einer bestimmten Anzahl Leute garantieren soll. Wenn Sie einen Unterbestand haben, heisst das, dass der Einzelne mehr zu tun hat und sicher nicht, dass er eine ruhige Kugel schieben kann.

Es ist heute das zweite Mal, dass Sie im personellen Bestand der Kantonspolizei Anträge stellen, die einen echten Eingriff ausmachen. Beim ersten Mal musste man die Schulen kürzen. Das hat langfristige Auswirkungen. Sie können einen Polizeibestand nicht einfach von einem Tag auf den anderen oder von einem Jahr auf das andere beliebig erhöhen oder kürzen. Wenn Sie kürzen, dann hat dies langfristige Auswirkungen, weil die Abgänge infolge Alter und so bestehen bleiben.

Gemäss KEF hätten wir 30 Flughafenbeamte gebraucht. 20 sind bewilligt worden. Bei den Sicherheitsbeamten sind es auch 30. Es sind 15 bewilligt worden. Beim Korps sind es zehn, es sind fünf realisiert worden. Bei den Zivilen waren es zehn, und Sie haben nichts gemacht. Das zeigt nur auf, dass man hier sparsam ist, dass man sich nach der

Decke streckt und nicht ausschöpft, was wünschbar ist, sondern das, was im finanziellen Rahmen machbar ist.

Als Präsident des Verbands der Kantonspolizei frage ich Sie: Wo wollen Sie konkret streichen? Wenn Bernhard Egg sagt, bei 400 Mio. Franken sei 1 Prozent wünschbar, dann muss ich ihm wie Markus Werner sagen, dass dies keine Argumente sind. Sie müssen konkret sagen, wo gespart werden soll. Soll es bei den Schulen sein, sollen wir wieder weniger Leute ausbilden oder sollen wir den Unterbestand, den wir im Korps haben, zementieren, indem wir sagen, das ist nun mal so, wir wollen auch in Zukunft mit diesem Unterbestand leben? Sie können auch nicht einfach den KEF auf ein Budget übertragen und sagen, dies werde eins zu eins übernommen. Dann müssen Sie auch entsprechend in die andere Richtung handeln.

Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen und den Betrag so zu belassen, wie ihn die Regierung wünscht.

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Die Grünen outen sich als Verursacher dieses Antrags. Die SVP kann hier den Tatbeweis erbringen. Ihre Finanzkommissions-Mitglieder haben es getan.

Gehen wir zum Globalbudget der Kantonspolizei. Es ist von der Qualität her eines der schlechtesten, das ich im Voranschlag gefunden habe. Es ist keinerlei Steuerungsmöglichkeit eingestellt, kein vernünftiger Indikator und kein Wirkungsziel, aus dem man ablesen könnte, was eigentlich vorgesehen ist. Eine Kostenrechnung fehlt komplett. Theo Toggweiler hat dies allgemein gerügt.

Welches sind die Facts? Beim Globalbudget exklusiv «Urban Kapo» steigert sich der Nettoaufwand um 47 Mio. Franken oder um 20 Prozent. Wenn man berücksichtigt, dass Abschreibungen, die bisher nicht dem Globalbudget belastet worden sind, jetzt neu drin sind, bleiben immer noch 23 Mio. Franken oder plus 10 Prozent beim Nettoaufwand. Die Investitionen im Jahr 2001 werden 150 Prozent derjenigen des Jahres 1998 ausmachen. Die Zahlen, die man im gleichen Globalbudget findet, betragen für die Dienstleistungen statt 528'000 Stück 529'000 Stück. Im Jahre 1998 waren es 557'000, also wesentlich mehr. Die Arrestierungen bleiben bei 10'000 bestehen. Im Jahre 1998 waren es 10'800. Wenn ich also die Fakten aus dem Globalbudget anschau, müssen wir deutlich mehr kürzen, weil die Leistung nicht ausgewiesen ist, mit der man mehr Geld ausgeben will.

Der KEF gibt wenigstens gewisse Anhaltspunkte. Der KEF 2001 ist gleich Voranschlag 2001. Da sieht man eine deutliche Steigerung der Stellenzahl von 2222 auf 2302, also plus 80 Stellen. Die Erklärung, was da drin steckt, ist schon gegeben worden. 30 sind bei der Flughafensicherheit. Da ist auch im KEF zu erkennen, dass der Aufwand dank zusätzlicher Flugpassagiere ausgewiesen ist. Das Geld fliesst auch zurück. Ergo wird da keine Kürzung beantragt. Wenn wir jetzt den Stellenplan sonst noch anschauen, sehen wir, dass bereits zwischen 1999 und 2000 um 55 Stellen aufgestockt worden ist. In den nächsten Jahren folgen gemäss KEF jedes Jahr weitere 30. Meine Damen und Herren der SVP, da ist eine massive Stellenplanentwicklung nach oben im Gang.

Der Antrag der Grünen ging eigentlich weiter. Wir wollten keinerlei Stellenaufstockung. In der Finanzkommission hat man sich dann darauf geeinigt, nur 25 zusätzliche Stellen oder 55, wenn man die Sicherheitspolizei des Flughafens dazu zählt, zuzulassen. Die Grünen schliessen sich diesem Antrag an. Die Hauptbegründung ist ganz klar. Stellenaufstockungen im heutigen Zeitpunkt sind weder im Globalbudget noch im KEF ausgewiesen. Die «Urban Kapo» soll Synergien bringen. Es kommen 168 Stellen dazu, die nirgends erwähnt sind. Die Integration der städtischen Kripo sollte Synergien bringen. Das wurde immer so begründet. Man sollte jetzt nicht, wenn die Steuereingänge das erste Mal etwas positiver sind, diese für Aufstockungen im Stellenplanbereich benutzen.

Im Übrigen ist der Regierungsrat nicht gezwungen, wenn wir ein Globalbudget um 4 Mio. Franken kürzen, das zu tun, was wir gerne hätten. Er muss 4 Mio. Franken sparen. Es geht um zirka 1,3 Prozent des Nettoaufwands. Ich komme noch später dazu. Wenn mit «Urban Kapo» keine Synergien erfolgen sollen, was wir befürchten, wäre «Urban Kapo» der grösste Flop der Geschichte.

Ich komme nochmals zur Glaubwürdigkeit der SVP. Sie hat folgende Argumente: Die Steigung von 4 Mio. Franken übersteige das verantwortbare Mass, und es sei eine Nulldiät für die Kapo. Ich vergleiche: Beim Strafvollzug wollten Sie 8 Prozent des Nettoaufwands kürzen, obwohl keine zusätzlichen Stellen geplant waren. Es sind konstante Stellenpläne im KEF enthalten. Mit anderen Worten: Ihre Begründung ist unseriös und nicht haltbar.

Zum Rückweisungsantrag der SVP: Sie wollten im Jahre 2001 insgesamt 940 Stellen streichen, ab dem Jahre 2002 sogar 2700. Hier geht es darum, dass wir statt plus 80 Stellen, bloss plus 55 genehmigen



wollen. Es geht immer noch in die falsche Richtung. Wir gehen aber nicht so weit wie Sie. Auch hier hält Ihre Begründung nicht stand und ist nicht konsequent.

Im Übrigen überlasse ich den Kommentar zu Ihren Ausführungen der Öffentlichkeit und den Wählerinnen, die hoffentlich irgendwann erkennen, dass Sie nur Schaumschlägerei betreiben. Wenn es konkret wird, sind Sie gegen Kürzungen und sind nicht einmal bereit, eine Reduktion der Steigerung in Kauf zu nehmen. Es geht nicht um eine absolute Kürzung.

Ich bitte Sie, auch die Damen und Herren der SVP, wenigstens einen Teil von Ihnen, dem Kürzungsantrag der Finanzkommission zu folgen und dem reduzierten Aufstocken Folge zu leisten.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Bei jeder Budgetdebatte wird immer wieder das fragwürdige Argument in den Vordergrund geschoben, dass die Erfüllung des Sollbestandes, welcher einmal vor Jahren festgelegt worden ist, quasi das Mass der Sicherheit sein soll. Wenn wir diesen Sollbestand erreicht haben, dann hätten wir quasi 100 Prozent Sicherheit im Kanton Zürich. Wir sind in den letzten Jahren bei der Kantonspolizei immer sehr zurückhaltend gewesen; ich glaube zu Recht. Die viel beschworene Verunsicherung und der Verlust des Sicherheitsgefühls im Kanton Zürich sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, wir haben sogar rückläufige Deliktzahlen in gewissen Bereichen, notabene, ohne dass wir den früheren Stellenvermehrungsbegehren zugestimmt hätten.

Ich fahre nahtlos dort weiter, wo Martin Bäumle aufgehört hat. Um ehrlich zu sein, der Kommentar des Globalbudgets hat in der Prüfung ergeben, dass das Globalbudget der Kantonspolizei in dieser Form eigentlich gar nicht genehmigungsfähig ist, weil es die Anforderungen in den wesentlichen Punkten nicht erfüllt. Just dieses Globalbudget soll nun herhalten, um irgendwelche Leistungsziele zu umschreiben, welche um jeden Preis einzuhalten sind. Die Zahlen, die hier präsentiert werden, sind dergestalt, dass zusammen mit der Übung «Urban Kapo» gleichzeitig enorme Stellenvermehrungen realisiert werden sollen.

Wir von der CVP sind der Meinung, dass man das Projekt «Urban Kapo», also die Implementierung ins Korps der Kantonspolizei, nicht dadurch belasten sollte, dass hier zusätzlich weitere Personen integriert werden. Der Bestand ist somit ausreichend. Man sollte nun diese Synergien nutzen, die immer in den Vordergrund gestellt worden sind.

Man sollte selbstverständlich die Mittel des Bedarfs nicht einfach unbesehen sprechen.

Die CVP wird sich daher dem Antrag der Finanzkommission anschliessen.

*Ernst Jud (FDP, Hedingen):* Wir von der FDP sind für eine angemessene Sicherheit in unserem Kanton. Wir sind für einen angemessenen Bestand bei der Kantonspolizei. Jeder Kürzungsantrag wird als nicht sympathisch empfunden. Dafür habe ich Verständnis. Für jede Kürzung – gleich bei welcher Direktion – werden Gründe angeführt, wieso dies nicht geht. Es gilt aber zu bedenken, dass diese 4 Mio. Franken gut ein Prozent des Gesamtbudgets von 307 Mio. Franken sind. Der Saldo gegenüber dem Vorjahr ist 89 Mio. Franken höher. «Urban Kapo» beträgt 43 Mio. Franken, knapp die Hälfte davon. Also könnten diese 4 Mio. Franken Platz haben, auch wenn sie unangenehm sind.

Einmal mehr erstaunt mich die SVP-Fraktion. Als es in der Finanzkommission um diese Kürzung ging, haben die Vertreter ebenfalls zugestimmt. Jetzt kippt die Fraktion wieder. Ich komme nicht mehr draus. Ich war es, der in der Finanzkommission die höhere Kürzung, die beantragt war, auf diese 4 Mio. Franken gesenkt hat. Da hat man zugestimmt.

Wir von der FDP machen nicht immer hin und her. Die 4 Mio. Franken sind verkraftbar. Es handelt sich um ein Globalbudget in einer Grössenordnung von über 300 Mio. Franken. Da kann man dieses eine Prozent irgendwie unterbringen.

Stimmen Sie dem Antrag zu.

*Ernst Schibli (SVP, Otelfingen):* Martin Bäumle, die SVP ist eine Partei, die Prioritäten setzt. Die öffentliche Sicherheit ist ein zentrales Anliegen der Bevölkerung. Dafür setzen wir uns ein. Deshalb sind Ihre Worte gegen unsere Fraktion völlig verfehlt und deplatziert. Studieren Sie das nächste Mal ein bisschen mehr, bevor Sie sich so äussern.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Lieber Ernst Schibli, es tut mir leid, dass ich mich auf dieses Votum melde. Die Vorredner haben etwas überlegt. Ich weiss nicht, ob dies die SVP-Fraktion getan hat.

Wir haben den Antrag in der Finanzkommission diskutiert. Es stand eine wesentlich höhere Kürzung im Raum. Wir haben dann unter

Mitwirkung unserer Kollegen von der SVP diesen Antrag gemeinsam formuliert. Ich weiss nicht, was da fehlüberlegt sein soll. Eine gewisse Rücksprache mit der Fraktion wäre manchmal besser. Es wäre dann auch einfacher, im Rat über solche Anträge zu befinden.

*Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil):* Es soll vorkommen, dass eine Fraktion und ihre Mitglieder in der Kommission nicht immer gleich stimmen. Das ist sogar in anderen Fraktionen der Fall. Nachdem die Finanzkommissions-Mitglieder diesen Antrag in die Fraktion getragen haben, ist dieser Entscheid der Kommissionsmitglieder nicht getragen worden. Deshalb habe auch ich den Antrag gebracht, nicht die Kommissionsmitglieder. So viel ist da gar nicht zu sagen. Den Kürzungsantrag wollen wir nicht mittragen. Diesen hat die Finanzkommission gestellt. Wir haben einen anderen Schluss gezogen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dies zur Kenntnis nehmen.

*Regierungspräsidentin Rita Fuhrer:* Eines gebe ich zu, das Globalbudget der Kantonspolizei ist nicht optimal. Ich erinnere Sie aber auch daran, dass ich die Probleme, die die Kantonspolizei mit einem Globalbudget hat, immer transparent gemacht und darüber gesprochen habe. Ich habe es nie versteckt, dass wir mit dem Globalbudget Probleme haben. Wir haben auch jede nur im Geringsten angetönte oder gefragte Information grosszügig abgegeben, auch alle Kontozahlen, sodass Sie sich durchaus einen Überblick verschaffen konnten.

Wir sind eine Eingriffsverwaltung. Wir machen, was anfällt. Wir steuern also weder Verbrechen noch Unfälle. Es wäre zu schön, wenn wir dies – sogar mit Globalbudget – steuern könnten. Wenige schwierige Aufklärungen sind nun einmal teurer als viele Bagatelldelikte. Das ist auch hier im Saal jedermann klar. An der Information hat es nicht gelegen. Diese war für Sie zugänglich und vorhanden.

Zu einem grossen Missverständnis führte: Die Finanzkommission hat den KEF diskutiert statt das Budget. Der Kantonsrat diskutiert weiter den KEF statt das Budget. Das stelle ich hier klar. Das sind zwei verschiedene Dinge. Den KEF haben wir beschlossen in der Meinung, eine Planung zu beschliessen, die eine gute Ausgangslage für unsere Polizei gegeben hätte, nämlich bei der Personalentwicklungen 30 Stellen für die Flughafensicherheitspolizei, 30 Stellen für die Sicherheitsbeamten und zehn Stellen für die Kantonspolizei. Bewilligt wurde dieser KEF anschliessend im Budget nicht, sondern bewilligt wurden 15 Si-

cherheitsbeamte, fünf Stellen bei der Kapo und 20 Stellen bei der Flughafensicherheitspolizei, die hier unangetastet bleiben sollen. Wie soll ich 4 Mio. Franken beim Personal einsparen bei 20 Personaleinheiten? Das geht auch bei der Polizei nicht.

Man hat mich in der Finanzkommission nicht angehört. Es war vermutlich keine Zeit dafür. Ich mache ihr deswegen keinen Vorwurf. Trotzdem hat man beschlossen. Im Protokoll steht: «Frau Regierungspräsidentin Rita Fuhrer kann sich am nächsten Donnerstag mündlich» – das steht also im Protokoll, das ich dann erhalten habe – «in der Finanzkommission zum Antrag äussern.» Die Donnerstage sind in meiner Agenda nicht reserviert – das war übrigens noch zur Zeit, als ich in Zürich weilte, nicht in der Woche, die ich in Bern war –, sondern die Dienstage sind für Kommissionsarbeiten reserviert. Ich konnte nicht davon ausgehen, dass ich am Donnerstag innerhalb von vier Tagen erscheinen soll. Weiter steht: «... oder sie kann schriftlich dazu Stellung nehmen. Wenn überzeugende Gründe für eine Stellenaufstockung vorhanden sind, besteht die Möglichkeit, den Antrag zurückzuziehen.» Es steht leider nicht, wenn die Stellen gar nicht geschaffen werden, werde der Antrag zurückgezogen. Das wäre nämlich in diesem Fall richtig gewesen.

Ich bitte Sie, genauso wie ich den Mut habe, zuzugeben, dass das Globalbudget keine Idealform und keine gute Lösung ist und dass wir es verbessern müssen, zuzugeben, dass hier ein Missverständnis besteht. Zumindest kein Missverständnis besteht darin, Martin Bäumle und alle anderen, die darauf hingewiesen haben, dass es um Stellenreduktionen bei der Kantonspolizei geht. Es steht nämlich klar im Protokoll, dass es nicht darum geht, die Flughafensicherheitspolizei zu kürzen und dass es nicht darum geht, bei anderen Posten – was im Globalbudget möglich wäre – zu kürzen. Es sei nicht geboten, andere Kürzungen vorzunehmen, sondern ganz klar sei dieser Auftrag mit dem Hinweis verbunden: «... dass er sich nur auf die Stellen und nicht auf andere Bereiche bezieht.» Es kann also nicht sein, dass man jetzt die Argumentation einfach plötzlich verändert und sagt, eigentlich sei das Globalbudget von seinem gesamten Konto her so gross, dass man sehr wohl an anderen Orten Streichungen vornehmen könnte. Auch der Regierungsrat hat nämlich gefunden, 30 Sicherheitsbeamte seien reichlich und hat mir nur 15 bewilligt. Dies ist Ende September 2000 geschehen. Diese 15 Stellen sind budgetiert und keine mehr.

Ich hoffe nun auf die Vernunft, dass man diese Kürzung von 4 Mio. Franken nicht durchzieht. Es wäre ein empfindlicher Eingriff. Ich

kann mit 20 Stellen nicht 4 Mio. Franken kürzen. Das müssen Sie zugeben. Es war auch nie die Rede davon, dass bei uns durch «Urban Kapo» Stellen gestrichen werden, also nicht nur nicht zugelegt, sondern abgebaut werden. Wir mussten Ihnen genauso wie dem Gemeinderat der Stadt Zürich mehrfach belegen und bekräftigen, dass wir wegen der Zusammenlegung keine Stellen streichen werden und dass jeder Polizist in unserer Kantonspolizei wie auch in der Stadtpolizei seine Stelle behält. Das haben wir immer klar gesagt. Daran möchte ich mich halten können. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Offensichtlich bestehen gewisse Probleme. Es ist ganz klar immer kommuniziert worden, dass der KEF bezüglich des Jahres 2001 dem Voranschlag 2001 entsprechen soll. Wenn das Globalbudget dermassen schlecht ist, muss man sich zwangsweise auf den KEF berufen können, sonst wäre das Globalbudget tatsächlich nicht bewilligungsfähig und die Rückweisung der SVP bekäme mehr Auftrieb. Die Planung KEF ab dem Jahr 2002 bis 2004 ist richtig. Die Stellen, die ich erwähnt habe, haben klaren Planungscharakter. Dies wird auch überarbeitet werden.

Im Übrigen hat die Finanzkommission die Polizeidirektorin zur Stellungnahme eingeladen. Ich habe mich aus Fairnessgründen persönlich dafür eingesetzt. Obwohl mein Antrag in der Finanzkommission seit Wochen bekannt war und auch protokollarisch festgehalten ist, dass ich diesen stellen werde, hat niemand reagiert. Ich war auch der Meinung, man solle der Polizeidirektorin die Möglichkeit geben, dazu Stellung zu nehmen.

Zum Globalbudgetcharakter: Polizeidirektorin Rita Fuhrer, Sie sollten genau wissen, dass wir zwar einen klaren Auftrag erteilen, wenn wir 4 Mio. Franken streichen, die 1,3 Prozent des Nettoaufwands betragen und dass wir damit Stellen meinen, dass aber der Charakter des New Public Management (NPM) und des Globalbudgets so ist, dass Sie in der Regierung frei sind, wie Sie das Problem lösen wollen. Wenn Sie entsprechend andere Aufwendungen kürzen, können Sie Ihre Stellen trotzdem besetzen. Der Kantonsrat kann nachträglich zwar murren, aber dazu nichts sagen, weil genau dies der Charakter der Globalbudgetierung und des NPM ist. Das haben wir mehrheitlich gewollt.

Ich denke, dass diesem Antrag ohne Bedenken zugestimmt werden kann.

*Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission:* Es ist klar, wir haben diesen Antrag in der Finanzkommission erst in der letzten Sitzung definitiv gestellt. Die einzige Möglichkeit, ihn Regierungspräsidentin Rita Fuhrer zur Kenntnis und vor allem zur Stellungnahme zu unterbreiten, war wirklich, dass wir sie auf den nächsten Donnerstag einladen konnten. Dass ihr das nicht gegangen ist, tut mir leid. Sie hatte aber die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu nehmen.

Was mir wirklich unklar ist, ist Ihre Argumentation bezüglich KEF und Budget. Wenn wir die Zahlen des Budgets 2001 mit den Zahlen des KEF vergleichen, so stimmen diese absolut überein. Es sind genau dieselben Zahlen. Die Stellen sind nur im KEF aufgeführt, nicht aber im Budget. Wenn Sie aber sagen, aus dem KEF seien diese Stellen gestrichen worden, müssten eigentlich die Zahlen im Budget niedriger ausfallen.

*Bernhard Egg (SP, Elgg):* Ich muss die Finanzkommission etwas in Schutz nehmen. Es ist nicht so, dass wir nur die KEF-Seite gelesen hätten. Wir haben uns nicht zuletzt auf die Protokolle der KJS gestützt. In der KJS hat unter anderem der Stabschef der Kantonspolizei referiert. Er hat genau diese Stellenzahlen unter dem Titel Budget 2001 genannt.

Zu Peter Reinhard: Es ist auch ein wenig Stimmungsmache, wenn mir Sachen unterstellt werden, die ich wirklich nicht gesagt habe. Es hat niemand behauptet, man müsse Schulen nicht mehr durchführen oder es gäbe da Leute, die ruhige Kugeln schieben würden. Ich habe zehn Jahre recht eng mit der Kantonspolizei zusammengearbeitet. Ich weiss sehr wohl, wer dort welche Kugeln schiebt.

Es ist auch nicht so – das ist schon mehrfach betont worden –, dass irgendwelche bestehenden Stellen gestrichen werden müssen. Es geht wirklich nur um das Ausmass des Zuwachses. Natürlich haben wir in der Kommission vor allem von den Stellen gesprochen. Es ist aber eine Tatsache, dass es ein Globalbudget ist und die Regierung schliesslich frei ist zu entscheiden, wo sie weniger ausgeben will.

*Balz Hösly (FDP, Zürich):* Ich bitte Sie, die Massstäbe ein bisschen zu wahren. Wir sprechen von einem Globalbudget mit einem Saldo von 307 Mio. Franken. Wir sprechen von einem Globalbudget, das gegenüber dem letzten Jahr um 89 Mio. Franken zugenommen hat. Wir

sprechen hier von einer Kürzung um 4 Mio. Franken. Das ist ein knappes Prozent. Die SVP sieht sich offenbar nicht in der Lage, hier sparen zu können.

Der KEF, Regierungspräsidentin Rita Fuhrer, ist für das Parlament gemäss dem gemeinsamen Willen von Parlament und Regierungsrat eine Planung des Regierungsrates und für das Parlament nicht verbindlich. Wenn Sie im KEF planen, ist das Parlament frei, im nächstfolgenden Jahr im Budget eine andere Zahl festzulegen. Damit müssen Sie wohl oder übel leben. Dafür sind Sie im Globalbudget offen, wie das Martin Bäumle gesagt hat. Nehmen Sie das Protokoll nicht so wörtlich, das tun Sie oft nicht. Nehmen Sie einfach den Auftrag ernst, nämlich 4 Mio. Franken zu sparen.

Zu Ernst Schibli: Sie haben das Wort «deplatziert» in dieser Budgetdebatte das zweite Mal gebraucht. Ich ermahne Sie, dass nicht alles deplatziert ist, was Ihnen und der SVP nicht passt. Sie kommen mir langsam vor wie der Geisterfahrer, der von allen Entgegenkommen den das Gefühl hat, sie würden falsch fahren.

*Alfred Heer (SVP, Zürich):* Sie haben vorhin bei den Streichungsanträgen der SVP bei der Strafverfolgung und beim Amt für Justizvollzug davon gesprochen, dass die Sicherheit gefährdet ist. Offensichtlich gilt das bei der Polizei nicht. Sie sollten sich aber einmal vergewissern, dass es bereits zu spät ist, wenn die Bezirksanwaltschaft tätig wird, oder wenn jemand ins Gefängnis kommt und wenn das Amt für Justizvollzug tätig werden muss. Dies will heissen, die Straftat ist bereits erfolgt. Also müssen wir die Mittel dort einsetzen, wo wir Straftaten verhindern können. Folglich muss die Polizei mit genügend Mitteln alimentiert werden, damit unsere Gefängnisse nicht so überfüllt sind und unsere Bezirksanwälte nicht so viel Arbeit haben. Die Polizei hat eine generalpräventive Auswirkung auf die Verbrechensbekämpfung.

Sie haben vorhin das Thema Sicherheit so hoch gespielt, weil Sie offensichtlich die Strafgefangenen verhätscheln wollen, zum Beispiel 2200 Massagen in der Strafanstalt Pöschwies oder ein Gratis-Popkonzert in der Strafanstalt Pöschwies für die Strafgefangenen mit Kosten von 32'000 Franken. Ich weiss zwar nicht, was dies mit Sicherheit zu tun hat, aber dort könnte man sicherlich sparen. Ich will keine Polemik starten, aber seien Sie doch so ehrlich, wenn Sie für mehr Sicherheit beim Amt für Justizvollzug und bei der Strafverfol-

gung eintreten, dann stehen Sie auch für mehr Sicherheit bei der Polizei ein und streichen Sie hier nicht diese Millionenbeträge.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Wenn der KEF von 80 Stellen ausgeht und effektiv 40 realisiert worden sind, dann müssten Sie eigentlich jetzt sagen, wieso das nicht stimmt, wenn die Regierung sagt, es sei so.

Balz Hösly, es ist nicht einfach witzig, wenn Sie meinen, Sie könnten hier Sprüche vom Stapel lassen und andere «anzünden». Wir wissen auch, was die Zunahme des Budgets ist, nämlich 10 Prozent. Wir wissen, was wir auf der anderen Seite bei den Abgeltungen an die Stadt Zürich sparen. Sie widersprechen sich von einem Jahr zum anderen auch manchmal, wie man an der gestrigen Sitzung gehört hat und sollten vielleicht in der Wortwahl, wenn Sie andere «anzünden», ein bisschen zurückhaltender sein.

Bernhard Egg, ich mache keine Stimmungsmache. Wenn ich gesagt habe, Ihre Argumentation, dass man einfach 1 Prozent von 400 Mio. Franken sparen kann, heisse, die Schulung müsse gestrichen werden, habe ich in diesem Zusammenhang gefragt, wo Sie denn sparen wollen, sei es bei der Schulung – da war immer noch ein Fragezeichen dahinter – oder in anderen Bereichen. Dies müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Wenn im Protokoll, Martin Bäumle, steht, dass Sie meinen, man müsse beim Personal sparen, dann ist das für mich ein Signal, dass der Kantonsrat, wenn er dieser Kürzung zustimmt, tatsächlich der Regierung weitergibt, dass er beim Personal des Korps sparen soll. Dann nehmen wir dies so zur Kenntnis. Sie haben aber hier kurz vorher einen Antrag gestellt, 90'000 Franken wegen der Olympiade zu sparen. Dann müssten Sie sagen, weshalb Sie diesen gestellt haben. Die Direktion kann machen, was sie will. Dann hat dies auch keine Bedeutung, was Sie beantragt haben. Wenn das so im Protokoll steht, können Sie hundertmal etwas anderes sagen. Der Antrag basiert auf der Grundlage, bei der Kantonspolizei Personal abzubauen. Damit sind wir wieder in einem Sicherheitsbereich, bei dem ich Ihnen dringend empfehle, dem Antrag nicht zuzustimmen. So können wir nicht sicherheitspolitisch argumentieren.

*Jürg Trachsel (SVP, Richterswil):* Ich knüpfe an das erste Votum von Peter Reinhard und Dorothee Jaun an. Ich rufe in Erinnerung, dass



man nicht immer von diesen 80 Stellen des KEF ausgehen kann, sondern dass man sich die Mühe nehmen soll, einmal abzuchecken, wie viele Stellen im Voranschlag tatsächlich budgetiert sind. Da sind es massiv weniger als diese 80 Stellen. Dorothee Jaun hat es Ihnen gesagt, es sind ungefähr fünf Korpsangehörige, 15 Sicherheitsassistenten, acht Zivilangestellte und ungefähr 20 für die Flugsicherheitspolizei. In Anbetracht dieser Verschiebung vom KEF zum tatsächlichen Voranschlag komme ich nochmals auf das Votum von Dorothee Jaun zurück: Ich gratuliere Ihnen. Sie haben vor zwanzig Minuten gesagt, an der Sicherheit sollte man in diesem Kanton nicht sparen. Ich danke Ihnen, dass Sie auch in diesem Bereich konsequent bleiben. Ich freue mich, wenn die SP Ihnen als Sachpolitikerin in diesem Bereich folgen wird.

Was die FDP anbelangt, lieber Balz Hösly: Gestern habe ich schon gehört, wie Sie gegen die SVP vom Leder gezogen sind. Ich hoffte eigentlich, Sie wären heute für die Sache. Ich muss aber feststellen, dass Sie auch heute wieder gegen die SVP vom Leder ziehen. Anders kann ich mir den Ausspruch nicht erklären, dass es bei der Direktion für Soziales und Sicherheit jetzt auf einmal möglich sein soll, 1 Prozent zu sparen. Man sei frei, wo man sparen wolle. Vor einer halben Stunde war die FDP-Fraktion bei der Direktion für Inneres und Justiz hinsichtlich 1 Prozent Einsparmöglichkeit ganz anderer Meinung.

### ***Persönliche Erklärung***

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Peter Reinhard irrt. Sein Vorwurf läuft ins Leere. Der Olympiaantrag von minus 90'000 Franken betrifft ein NRM-Budget (Neues Rechnungsmodell), bei dem wir wie üblich und altbekannt, detailgetreu kürzen und sagen müssen, was wir kürzen. Bei der Kantonspolizei handelt es sich um ein Globalbudget nach NPM.

*Regierungsrat Christian Huber:* Ich werde mich nicht zu den Polizeistellen äussern, sondern einzig zum Verhältnis zwischen KEF und Voranschlag.

Der KEF ist eine rollende Planung. Er entsteht ungefähr gleichzeitig mit dem Voranschlag, meistens aber vorgezogen. Die Voranschlagsberatung im Regierungsrat erfolgt nachher. Sie haben von Regierungspräsidentin Rita Fuhrer gehört – ich bin eigentlich ganz froh darüber, dass das hier gesagt worden ist –, dass im Regierungsrat ge-

kürzt worden ist, nämlich von 30 Stellen, die die Sicherheitsdirektorin wollte, auf die Hälfte hinunter. Wenn sich das im Voranschlag gegenüber dem KEF nicht niedergeschlagen hat, so kann dies verschiedene Gründe haben. Sie sind mir im Einzelnen nicht bekannt. Wir haben aber auch eine Rückgängigmachung der Lohnreduktion sowie weitere Faktoren, die das Budget verschlechtert haben. Hier handelt es sich um eine Verbesserung. KEF und Voranschlag müssen in diesem Sinn nicht identisch sein, wie es gesagt worden ist.

### *Abstimmung*

**Der Antrag der Finanzkommission, Konto 2310, Kantonspolizei, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Antrag Annelies Schneider gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 82 : 73 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

*Ueli Keller (SP, Zürich):* Ich stelle keinen konkreten Antrag zu diesem Globalbudget. Dazu fehlt mir schlicht die Grundlage. Es geht mir um die Qualität der Globalbudgets, wie sie heute vorliegen. Ich möchte dies etwas grundsätzlich diskutieren.

Nachdem die Euphorie für das New Public Management im Allgemeinen ein bisschen verrauch ist, wäre es an der Zeit, wieder einmal etwas nüchtern zu beurteilen, was uns hier je auf einer Drittel-A4-Seite vorgelegt wird. Dazu ist das Globalbudget der Kantonspolizei exemplarisch geeignet. Die vielgepriesene Verwaltungsreform, das kann man hier klar erkennen, läuft ein bisschen aus dem Ruder. Es gibt einen altbewährten Grundsatz, nach dem eine Buchhaltung klar und wahr zu sein hat. Dass sie wahr ist, vermute ich. Dass sie klar ist, kann im Ernst niemand behaupten. Wenn Sie sehen, was alles aufgeführt ist, ist der Auftrag der Kantonspolizei auf drei einzelne Aufträge reduziert. Zur Wirkung und Effektivität der Kantonspolizei ist eine Zeile eingesetzt, die leer gelassen ist. Zur Wirtschaftlichkeit der Polizei ist eine halbe Zeile eingesetzt, die auch leer ist. Bemerkungen und Grafiken sind ebenfalls leer. Dann wird noch von Leistung und Effizienz geschwätzt. Es werden Dienstleistungen aufgezählt, etwa eine halbe Million Franken, ohne zu definieren, was das eigentlich ist. Es werden Arrestanteneingänge statistisch erfasst, ohne anzugeben, in welchem Ausmass dies durch exogene Faktoren begründet ist oder wie weit die Polizei das aufgrund des Opportunitätsprinzips in der Hand hat zu steuern. Weiter wird die Anzahl der Flugpassagiere in

Kloten angegeben. Ich finde das auch sehr interessant, aber das würde ich eher im Geschäftsbericht der Unique Zurich Airport lesen wollen.

Wenn ich mir die Gründe überlege, wieso trotzdem alle hier drinnen einigermaßen begeistert mitmachen, dann komme ich nur zu drei Erklärungen. Erstens: Das Engagement, um die Einführung der Verwaltungsreform durchzusetzen, war dermassen gross, dass man sich heute durchgehend damit identifiziert und völlig kritikunfähig irgendeinem unbrauchbaren Papier gegenübersteht. Oder zweitens: Es gibt einen Konsens hier drinnen, dass diese Informationsdichte, wie sie uns serviert wird, genau diejenige ist, die wir als Milizparlamentarier brauchen, um uns über ein Budget mit einem Umsatz von einer knappen halben Milliarde Franken einen Überblick zu verschaffen. Oder drittens: Man will es gar nicht genauer wissen, sondern man akzeptiert stillschweigend eine Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive und beschränkt freiwillig die Budgethohheit.

Bisher war es üblich, die fehlenden Leistungsindikatoren mit Anfangsschwierigkeiten zu erklären und darauf hinzuweisen, dass daran gearbeitet wird – meistens nicht gratis natürlich, sondern mit teuren Dienstleistungen Dritter, die früher unter dem Konto 3180 klar zu erkennen waren.

Deshalb stelle ich heute die Frage an Regierungspräsidentin Rita Fuhrer: Was versprechen Sie uns für nächstes Jahr? So, wie Sie es uns heute serviert haben, ist es unbrauchbar.

*Regierungspräsidentin Rita Fuhrer:* Wir wollen Ihnen natürlich ein Globalbudget präsentieren, das mehr Aussagen macht. Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen, es war beschlossen, dass wir noch dieses Jahr mit Globalbudget fahren. Dies war wirklich sehr schwierig. Das Korps hat das Globalbudget allein und ohne teure fremde Aufträge erarbeiten wollen, hat aber keine Indikatoren zusammenstellen können, die dem Kantonsrat dann wirklich als Möglichkeit gedient hätten, sich einen korrekten Überblick zu verschaffen. Deshalb hat es auch in den Kommissionen sehr ausführlich und bereitwillig Auskunft über das Budget erteilt. Wir werden das Globalbudget anders gestalten müssen. Wir werden auch fremde Hilfe dazu beanspruchen müssen. Wir werden versuchen, mit der Konferenz der Polizeikommandanten oder mit Kantonen zusammenzuarbeiten, die sich in der gleichen Situation befinden.

Ich denke nicht, dass das heutige Budget für die Bearbeitung durch den Kantonsrat eine gute Grundlage ist. Das haben wir und auch das Kommando der Kantonspolizei nicht behauptet.

*Dorothee Jaun (SP, Fällanden):* Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit hat im Rahmen der Budgetberatung dieses Budget kritisiert. Wir sind das Problem aber bereits angegangen. Die erste Sitzung der Kommission, eine nachmittägliche Sitzung über die Problematik Indikatoren und Wirkungsmessung im Polizeibereich, hat stattgefunden. Wir sind überzeugt, dass wir zusammen mit der Polizeidirektion im nächsten Jahr ein besseres Globalbudget mit Indikatoren vorlegen können. Wir sind auch überzeugt, dass die Verwaltung mitwirken muss und dass dies nicht der Kantonsrat vorschreiben kann. Im hohheitlichen Bereich der Polizei ist es schwieriger als im reinen Leistungsbereich, gute Indikatoren zu finden und eine gute Wirkungsmessung zu machen. Wir sind überzeugt, dass nächstes Jahr ein anderes Globalbudget der Polizei vorliegen wird.

*Adrian Bucher (SP, Schleinikon):* Wenn schon eine grundsätzliche Debatte zum Thema Globalbudget angehoben hat, melde ich mich als engagiertes Mitglied der Finanzkommission zu Wort. Ich bin etwas befremdet, dass KEF und Voranschlag voneinander getrennt werden. Natürlich ist der KEF eine Mehrjahresplanung. Das ist völlig klar. Wir gehen aber davon aus, dass für das Voranschlagsjahr selber keine Widersprüche zum KEF auftauchen. Ich gehöre zu denjenigen Personen, die während der Voranschlagsberatung sehr oft, gerade wegen der eingeschränkten Informationen der Globalbudgets, zum KEF greife und mir dort die zusätzlichen Informationen hole. Wenn ich jetzt höre, dass Sie sagen, das sei gar nicht dasselbe und da müssten wir nochmals nachfragen, dann bin ich vom KEF einigermaßen enttäuscht. Ich wünsche mir, dass die Regierung in Zukunft dann, wenn der KEF nicht mit dem Voranschlag übereinstimmt, die zusätzlichen Informationen mitliefert. Sonst könnte das passieren, was Sie uns jetzt vorwerfen, dass wir nämlich von falschen Informationen ausgehen.

Ich hoffe, dass die Regierung davon Kenntnis nimmt.

## **25 Finanzdirektion**

*Konto 2595, Steuern*

**Antrag der Finanzkommission**

Konto 2595.4000, Staatssteuern

alt: Fr. 4'150'000'000

neu: Fr. 4'180'000'000

Verbesserung: Fr. 30'000'000

**Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Bruno Kuhn, Markus J. Werner und Ernst Züst**

Konto 2595.4000, Staatssteuern

gemäss Antrag des Regierungsrates

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Der Regierungsrat ist mit diesem Antrag einverstanden. Theo Toggweiler stellt jedoch den Minderheitsantrag, auf diese Erhöhung zu verzichten.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Es ist klar, diese Aufstockung um 30 Mio. Franken bei den Steuererträgen liesse sich ohne weiteres bewerkstelligen. Weshalb stellen wir uns gegen diesen Antrag? Der Freiraum, der sich durch einen strikten Budgetvollzug ergibt, wurde in den vergangenen Jahren immer voll ausgeschöpft. Wir haben mit Ausnahme des Jahres 1999 immer im Bereich von etwa 100 Mio. Franken nicht ausgeschöpfte Kredite in der Laufenden Rechnung gehabt. Wir sollten nun nicht hingehen und quasi die Regierung eines Besseren belehren, dass man genau 30 Mio. Franken zu tief budgetiert hat. Vermutlich hat man sogar mehr als das zu tief budgetiert. Wir könnten auch 50, vielleicht sogar 60 Mio. Franken einsetzen. Diese Angaben, die die Steuerverwaltung liefert, basieren auf Berechnungen, Schätzungen und Hochrechnungen. Es liegt nicht an der Finanzkommission und auch nicht am Rat, hier zu korrigieren, wenn wir im Bereich von ein paar Dutzend Millionen Franken sind. Wir sollten diese Zahl so stehen lassen, vor allem wenn wir auch die Entstehungsgeschichte dieses Antrags von 30 Mio. Franken kennen.

Es ging der FDP darum, dass man schliesslich ein ausgeglichenes Budget präsentieren und die schwarze Null nach aussen tragen kann. Ich habe in der Eingangsdebatte darauf hingewiesen, dass das insgesamt und in diesem Jahr nicht viel Sinn macht, dass wir wegen dieses Budgetvollzugs, der noch einmal 100 Mio. Franken bringen wird und

wegen der geplanten Mehrerträge, die sich bekanntlich in diesem Jahr abzeichnen, positiv abschliessen werden, auch wenn wir dem Teuerungsausgleich für das Personal und dem Mehrheitsantrag im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen zustimmen werden.

Die Absicht ist erkannt. Dieses Vorhaben ist aber nicht nötig. Belassen wir es dabei. Lassen Sie sich angenehm überraschen, wenn der Finanzdirektor im Frühjahr 2002 mit noch besseren Zahlen daherkommt.

*Ernst Jud (FDP, Hedingen):* Dieser Antrag, die Steuereinnahmen um 30 Mio. Franken nach oben zu korrigieren, der in der Finanzkommission eine knappe Mehrheit fand, kam von mir. Es war kein Taschenspielertrick, wie es Willy Haderer gestern genannt hat. Es war ehrliches Bemühen für ein ausgeglichenes Budget, nicht aus der Luft gegriffen, sondern aufgrund von Informationen, dass die Steuereinnahmen für das kommende Jahr zurückhaltend budgetiert worden sind und dass mit zusätzlichen Leuten im Steueramt effizienter gearbeitet werden kann und somit mehr Steuereinnahmen die Folge sein dürften. Ich habe den Antrag nur mit Widerwillen eingebracht und nur aus echtem Bemühen für ein ausgeglichenes Budget, das nach Berücksichtigung der Korrekturen aufgrund von Mehrheitsanträgen aus Sachkommissionen und Finanzkommission damit wieder erreicht war. Meines Erachtens hätte dies die Regierung schon vorher tun müssen. Auch ein anderer Betrag wäre möglich gewesen. Das ist nun ohnehin hinfällig geworden, weil in der Zwischenzeit weitere neue Faktoren hinzugekommen sind, welche die Ausgeglichenheit des Budgets zunichte gemacht haben.

So gesehen spielt es keine Rolle mehr, ob Sie den Antrag der Finanzkommission annehmen oder ablehnen werden. Ich stimme ihm natürlich weiterhin aus Überzeugung zu. Es geht aber schliesslich um viel mehr. Es geht um die Rettung des Voranschlags 2001. Eine Ablehnung bedeutet nur eine Strafaufgabe für Regierung und Verwaltung, eine mindestens teilweise verdiente zwar, aber eine Abschrift vom Sudelheft ins Reinheft, wie wir es früher in der Schule machen mussten, bringt nur unnötige Arbeit und die Wiederholung einer schlechten Komödie in zwei bis drei Monaten. Für die Zustimmung zum Voranschlag, zu einem Voranschlag mit glaubhafter Ausgeglichenheit, sind klare Signale seitens der Regierung und die Abkehr von unmöglichen Forderungen von hüben und drüben erforderlich. Vielleicht finden wir noch aus dem Sumpf heraus. Das kann aber nur miteinander gelingen,

nicht jeder allein für sich. Da gilt eine alte Regel: Der Grösste oder die Grössten haben auch die grösste Verantwortung zu tragen.

Noch ein Wort an Finanzdirektor Christian Huber oder vielmehr an die ganze Regierung: Das Kollektiv besteht aus sieben Personen. Da braucht es mindestens vier, um bei einem Antrag durchzudringen. Ich stimme zu, das 50 bis 100 Mio. Franken nur ein halbes oder ein Prozent von 10 Mrd. Franken Haushalt sind und somit im Streubereich liegen. Gerade deswegen hätte man den Ausgleich vorher durch die Ersteller des Budgets bewerkstelligen können. Nachher sieht es eher nach Kosmetik aus.

Stimmen Sie diesem Antrag zu.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich):* Es ist schön, wenn es in einer so langatmigen Budgetdebatte manchmal auch etwas Erheiterndes gibt. Wir können jetzt einfach sagen: Juhui, in Sekundenschnelle haben wir unser Budget um 30 Mio. Franken verbessert. Ich weise darauf hin, dass der Antrag, der an sich aus freisinniger Küche kommt, finanzwirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundsätzen widerspricht. Man tut dies nur, damit das Budget – wie wir gehört haben – ausgeglichen ist und dass die imaginäre schwarze Null am Horizont erscheint, aber wir haben in dem Sinn keinen grossen Einfluss auf die Einnahmen. Ich gehe davon aus, dass die Finanzdirektion das sehr sorgfältig berechnet und budgetiert hat, mit vielleicht einer gewissen Zurückhaltung. Wir können also nicht einfach imaginäre Einnahmen ins Budget aufnehmen. Das wäre so ungefähr, wie wenn wir sagen würden, da falle das Manna vom Himmel. Ich habe das früher schon einmal erlebt, als der Polizeivorstand von Zürich einfach die Busseneinnahmen verdreifacht hat. Dann stellte man die Frage, was passieren werde. Muss man die Bussen eintreiben? Selbstverständlich habe ich mich damals auch gewehrt, als die Verkehrs- und Ordnungsbussen erhöht worden sind. Was muss jetzt das Steueramt als Auftrag machen? Muss es bessere Kontrollen machen oder Nachsteuern kassieren?

Ich würde dem Ganzen zustimmen, wenn die FDP beispielsweise Sponsoren finde würde, irgendeine Grossbank, die ihr nahe steht, zum Beispiel eine CS-Group oder so, die uns 30 Mio. Franken schicken würde. Dann könnte man dem zustimmen.

Die FDP ist damit einmal auf dem falschen Kurs. Sie hat sich meines Erachtens aber auch vom Sparen verabschiedet. Wenn es Geschäftsleute unter den Freisinnigen hat, dann müssen diese auch wissen, dass man Mehrertrag nicht nur mit Umsatz macht, sondern man kann auch

beim Einkauf sparen. Wir werden das Ergebnis verbessern, wenn wir bei den Ausgaben sehr zurückhaltend sind. Aufgrund dieser Überlegungen bitte ich Sie, dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen und nicht dem freisinnigen.

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Es ist nicht sinnvoll, über den Steuerertrag zu orakeln. Dies ist klar Sache der Regierung. Ich meine nicht das Orakeln, sondern das Schätzen. Hier haben Theo Toggweiler und Markus Werner Recht. Der Antrag von Ernst Jud kam tatsächlich aus der Motivation für eine schwarze Null heraus, was mir eigentlich unsympathisch ist. Finanzdirektor Christian Huber hat aber eine plausible Erklärung nachgeliefert, die diesen Antrag vertreten lässt. Da das Steueramt besser dotiert ist, können die Steuererträge allenfalls gesteigert werden. Im Sinne dieser Plausibilität des Finanzdirektors kann man einen Ansporn für das Steueramt geben und die 30 Mio. Franken zusätzliche Einnahmen setzen.

Weiter erhöht es die Konsensfähigkeit des Budgets. Deshalb stimmen die Grünen zu. Im Übrigen können Sie Ernst Jud eine Freude machen, dass eine etwas weniger rote Null herauskommen wird. Man könnte jetzt noch philosophieren, weshalb eine Null rot oder schwarz sein soll. Null ist null. Da das Resultat nach dem Teuerungsentscheid der Regierung bei etwa minus 30 bis 40 Mio. Franken liegen wird, ist die Definition wohl eher bei einer roten Null als bei einer schwarzen.

*Willy Haderer (SVP, Unterengstringen):* Ein Taschenspielertrick bleibt ein Taschenspielertrick, egal ob man das frivol, aus Überzeugung oder widerwillig tut. Wenn man ein Budget korrigiert, weil man vorher Mehrausgaben beschlossen hat und nur deshalb, weil man für eine schwarze Null angetreten ist, die man am Schluss der Budgetdebatte vorweisen will, dann bleibt es ein Taschenspielertrick, wenn man die Einnahmen einfach ohne jede Fakten heraufsetzt.

Es kommt noch besser: Vollmundig haben Vertreter der FDP in den letzten Wochen immer wieder erklärt, dass der Strassenfonds aufgemotzt werden muss. Es war nicht von unseren 75 Mio. Franken die Rede, sondern von 50 Mio. Franken. Man ist heute still und leise, weil man weiss, dass am Schluss nicht die schwarze Null dastehen wird, wenn man dies – was eine richtige Lösung wäre – tun würde. Man kann natürlich auch so konsequent sein, meine lieben Freunde von der FDP, dass man nur für die schwarze Null antritt. Das hat mit seriöser Budgetierung nichts zu tun. Wenn Sie nur eigene Mehrkosten, die Sie



mittragen, durch Erhöhung der Steuereinnahmen aufzeigen wollen, dann sind Sie auf dem falschen Dampfer.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Regierung hat für die Steuereinnahmen eine Budgetierungsprognose gemacht. Ich hoffe, dass wir hier nicht jeder für sich orakeln. Wir könnten noch etwas aufwerfen und sagen, wir legen nochmals 50 Mio. Franken dazu. So kann man nicht seriös budgetieren. An jeder Gemeindeversammlung würden Sie heruntergekauft, wenn Sie solche Anträge stellen würden.

*Bruno Kuhn (SVP, Lindau):* Wenn wir über den Steuerfuss sprechen könnten, dann würden wir wirklich etwas bewegen. Das ist dieses Jahr nicht das Thema. Es ist der technisch ausgerechnet mögliche und mutmassliche Steuerertrag. Ich gehe davon aus, dass das Steueramt und die Regierung das seriös durchgerechnet haben, Wissensstand irgendwie Ende Sommer oder um die Sommerferien herum. Es mag sein, dass es tatsächlich etwas tief ist. Aber, wir haben das System mit dem Novemberbrief. Die Regierung hat die Gelegenheit, dem Kantonsrat mit dem Novemberbrief Abweichungen bekanntzumachen, also das Budget praktisch aktuell zu machen. Die Regierung hat das in diesem Punkt nicht gewollt, obschon sie die neuen Schätzungen gekannt hat. Von der Gewaltenteilung her sollten wir nicht als Kantonsrat die technische Schätzung irgendwie korrigieren. Die 30 Mio. Franken sind tatsächlich aus der Idee heraus zu Stande gekommen, dass es eine schwarze Null geben muss. Das ist Ansichtssache. Wir teilen diese Ansicht nicht. Wir beurteilen ein Budget aufgrund des Ausgabenwachstums. Das Ausgabenwachstum wird nicht verändert. Effektiv werden auch 30 Mio. Franken mehr oder weniger am Schluss den Rechnungssaldo des Rechnungsjahres 2001 überhaupt nicht verändern. Wir als Kantonsrat haben ganz klar keinen Handlungsbedarf. Deshalb sind wir mit dem Minderheitsantrag gekommen.

*Ernst Jud (FDP, Hedingen):* Lieber Willy Haderer, ich wollte, ich könnte für ein ausgeglichenes Budget zaubern. Ich bemühe mich, für diesen Staat etwas Gutes zu tun. Ich schätze Sie sonst immer. Was Sie vorhin gesagt haben, war aber eine Beleidigung und blöd. Ich habe begründet, weshalb ich diesen Antrag zwar mit Widerwillen, aber im echten Bemühen darum, etwas für unseren Kanton zu erreichen, gestellt habe – und dass ich nicht den Staat kaputt machen will.

Eine Frage an Theo Toggweiler: Warum soll die Regierung ausgerechnet nur bei diesem Posten vernünftig budgetiert haben? Ihr stellt auch Anträge.

*Werner Scherrer (EVP, Uster):* Die EVP-Fraktion stimmt der Erhöhung der Steuereinnahmen um 30 Mio. Franken zu. Wir haben gestern zur Kenntnis genommen, mit welchem besserem Ergebnis die Rechnung des Jahres 2000 abschliessen wird. Im Wesentlichen verbessert sich das Ergebnis auch aufgrund höherer Steuereinnahmen. Allein die Summe von über 300 Mio. Franken macht deutlich, wie schwierig es ist, verhältnismässig genau zu budgetieren. Der Grund, weshalb die EVP dieser Korrektur zustimmt, ist der, dass bei den nachfolgenden Anträgen zur Verbesserung der Ausschöpfung der Beiträge zur Prämienverbilligung zugestimmt werden kann, was wir gestern erwähnt haben. An dieser Stelle könnten ebenso gut 86 Mio. anstelle von 30 Mio. Franken stehen. Das ist derjenige Betrag, der nötig wäre, um die Ausschöpfung der Prämienverbilligungsbeiträge von 80 Prozent zu erreichen.

*Regierungsrat Christian Huber:* Der Steuerertrag richtet sich nicht nach den Steuerprognosen, sondern es verhält sich umgekehrt. Es ist auch richtig, dass hinter diesem Antrag Gründe stehen mögen, die mit der Ausgeglichenheit des Budgets zu tun haben und dem ernsthaften Bemühen, dieses Budget ausgeglichen zu halten. Es ist mehrfach gesagt worden, dass die Finanzdirektion konservativ budgetiert hat, was den Steuerertrag betrifft. Ich werde Ihnen dies am Schluss der ganzen Debatte noch im Einzelnen darlegen, wie es aussieht, wenn man etwas weniger konservativ und unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen bei den Nachsteuern budgetiert. Ich will Ihnen das jetzt nicht vorrechnen. Es hat aber seinen Grund, wenn der Regierungsrat diesem Mehrheitsantrag der Finanzkommission zustimmt.

*Richard Hirt (CVP, Fällanden):* Wenn wir uns gegenseitig Sand in die Augen streuen – 30 Mio. Franken rauf oder runter –, habe ich das Gefühl, dass ich mich auf einem Bazar befinde. Wenn Finanzdirektor Christian Huber schon eine Andeutung macht, dass er gute Gründe dafür hat, dann möchte ich diese wissen, bevor ich darüber abstimme. Ich bitte ihn, diese Gründe zu nennen.

*Regierungsrat Christian Huber:* Ich komme dieser Bitte gerne nach. Die Budgetierung zeigt, dass die Steuererträge gegenüber der Schätzung 2000 ein sehr stolzes Wachstum aufweisen, etwa 8 Prozent. Entscheidend sind jedoch die Nachträge. Sie sind im Jahr 2000 mit einem Zuwachs von 249 Mio. Franken explodiert.

Der extern ausgewiesene Staatssteuerertrag weist demgegenüber eine eher geringe Zunahme von 2,4 Prozent gegenüber der Schätzung 2000 aus. Eine höhere Ertragsprognose kann man daher mit Fug gut begründen.

#### *Abstimmung*

**Der Antrag der Finanzkommission, Konto 2595.4000, Staatssteuern, wird dem Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Bruno Kuhn, Markus J. Werner und Ernst Züst gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 92 : 51 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

#### *Konto 2595.4050, Erbschafts- und Schenkungssteuern*

*Germain Mittaz (CVP, Dietikon):* Ich habe eine Frage in Zusammenhang mit dem Konto 4050, Erbschaftssteuern. Dort sind 300 Mio. Franken budgetiert. Ich hätte gerne erfahren, wie der Stand für das Jahr 2000 heute ist. Wie sind diese 300 Mio. Franken begründet? Ich habe den Eindruck, dass man bei der Berechnung grosszügig gewesen ist.

*Regierungsrat Christian Huber:* Wir haben bei dieser Berechnung einen Rückgang infolge der Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes einberechnet. Wir sind davon ausgegangen, dass wir allenfalls etwas höher kommen. Diese Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt. Wir sind etwa in diesem Zielbereich von 300 Mio. Franken.

*Germain Mittaz (CVP, Dietikon):* Ich habe noch eine zweite Frage gestellt. Weiss man schon, wie hoch die Eingänge für das Jahr 2000 sind?

*Regierungsrat Christian Huber:* Das habe ich soeben gesagt.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 2597, Kapitaldienst Vermögensverwaltung*

*Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg):* Ich habe eine Frage an Finanzdirektor Christian Huber. Hier werden die Erträge der Zürcher Kantonalbank budgetiert. Entspricht die Steigerung dieser erwarteten Erträge oder die Erträge, die man gerne von der Kantonalbank hätte, prozentual dem, was die Kantonalbank von Jahr zu Jahr selbst mehr an Nettoerträgen einnimmt bzw. budgetiert?

*Regierungsrat Christian Huber:* Wir haben uns bei dieser Budgetierung an die Vorjahre gehalten und ungefähr geschätzt, wie es sich entwickeln wird. Dies ist mittlerweile eine Schätzung, die sich als überaus konservativ erwiesen hat, weil die Kantonalbank bereits dieses Jahr nicht 30 sondern 44 Mio. Franken an den Kanton und 22 Mio. Franken an die Gemeinden abliefern wird.

*Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg):* Die FDP-Fraktion stellt somit folgenden Antrag – ich bringe ihn noch schriftlich nach vorn –, dass die 30 auf 40 Mio. Franken zu erhöhen sind.

*Ratspräsident Hans Rutschmann:* Wir werden den Antrag in der nächsten Sitzung behandeln.

*Die Beratungen werden unterbrochen.*

**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr

Es findet eine Abendsitzung mit Beginn um 19.30 Uhr statt.

Zürich, 12. Dezember 2000

Die Protokollführerin:

Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 15. Januar 2001.